

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 2 / Juli 2006
5. Jahrgang

Wie Deutschland mit Atomwaffen umgeht

Fehlritte – wacklige Beine – notwendige Schritte

„Deutsche Politiker tun etwas was verboten ist.“ Bernd Hahnfeld begründete dies beim Treffen der Mayors for Peace in Hannover. Er forderte den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und schlug die Festschreibung des Atomwaffenverzichts im Grundgesetz vor.

Politiker dürfen einer Stationierung von Atomwaffen weder zustimmen noch sie dulden. Sie dürfen deutsche Soldaten den Atomwaffeneinsatz nicht üben lassen oder gar deren Beteiligung an Einsätzen zulassen. Sie dürfen nicht an Einsatzbefehlen mitwirken, auch nicht im Rahmen der NATO Nuklearstrategie.

Atomwaffen sind verboten

Völkergewohnheitsrecht ist nach Artikel 25 Grundgesetz vorrangiges Bundesrecht. Dort heißt es: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Die zugrunde liegenden völkerrechtlichen Verträge sind durch Ratifizierungen innerstaatliches Recht geworden.

Das Völkergewohnheitsrecht verbietet im humanitären Kriegsvölkerrecht zwingend die Verwendung von Waffen,

- ☉ die nicht unterscheiden zwischen kämpfender Truppe (Kombattanten) und der Zivilbevölkerung,
- ☉ die unnötige Grausamkeiten und Leiden verursachen und
- ☉ die unbeteiligten und neutralen Staaten in Mitleidenschaft ziehen.

Das trifft alles auf die existierenden Atomwaffen zu, auch auf die biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen.

Für die Atomwaffen hat das der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) in seinem auf Ersuchen der UN-Generalversammlung erstellten Gutachten vom 8.7.1996 unzweideutig festgestellt: „... die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen verstößt generell/grundsätzlich gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“

Offengelassen hat der IGH lediglich die Völkerrechtswidrigkeit im Falle einer existenzgefährdenden extremen Notwehrsituation. Aus der IGH-Entscheidung ergibt sich jedoch, dass selbst im Falle einer extremen Notwehrsituation, in der das Überleben eines Staates auf dem Spiel steht, ein etwaiger Atomwaffeneinsatz allenfalls dann völkerrechtsgemäß sein könnte, wenn er die zitierten Prinzipien und Regeln des humanitären

Kriegsvölkerrechts beachten könnte. Der IGH hat in dem Gutachten erklärt, dass keiner der Staaten, die in dem Verfahren für die Rechtmäßigkeit des Atomwaffeneinsatzes eingetreten sind, Bedingungen dargelegt hat, unter denen ein Einsatz gerechtfertigt sein könnte.

Wenn der Einsatz und die Drohung mit dem Einsatz rechtswidrig sind, sind auch Herstellung, Transport und Stationierung dieser Atomwaffen nicht zu rechtfertigen. Denn all das dient der Vorbereitung des Einsatzes und der Drohung damit.

Die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands, d.h. die Beteiligung deutscher Soldaten und Flugzeuge an einem etwaigen Atomwaffeneinsatz, verstößt gegen den Atomwaffensperrvertrag und gegen den 2+4-Vertrag, weil damit deutsche Hoheitsträger die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhielten.

Fortsetzung Seite 2 →



Auf dem Treffen der deutschen Mayors for Peace, schlug Bernd Hahnfeld, Richter i.R., Mitglied der Juristenvereinigung IALANA, vor, den Atomwaffenverzicht Deutschlands ins Grundgesetz aufzunehmen. Regina Hagen und Roland Blach übergaben über 10.000 Unterschriften mit der Forderung auf ein Ende der nuklearen Teilhabe an Staatssekretär Erler.

Foto: Pressehütte

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt:

Verbot von Atomwaffen
Wie Deutschland und andere Staaten mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes umgehen

Bilanz eines Jahrzehnts S. 1-3

Kontrovers:

Deutsche Atombomber:
Die verteidigungspolitischen Sprecher nehmen Stellung S. 4 + 5

Mayors for Peace:

Staatsminister würdigt das Engagement S. 6

Pacemakers

Radmarathon zum Auftakt der Fußball WM S. 7

Jugend:

Aktionsreise nach Wien Besuche bei Botschaften und der IAEA S. 8+9

Historische Aufarbeitung:

Atomtests im III. Reich und Weiterentwicklungen S. 10+11

GAAA:

Tschernobyl:
Die Opferzahlen werden heruntergerechnet S. 12+13

Kriegsprofitere:
Wie Konzerne am Irakkrieg verdienen S. 14

Personalie:

Corbin Harney, spiritueller Führer und Anti-Atomaktivist S. 15



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte

Liebe FriedensfreundInnen, während wir diesen FreiRaum schreiben, während der Gouverneursrats-tagung der IAEA, ist Bewegung in die Auseinandersetzung mit dem Iran gekommen. Bleibt zu hoffen, dass die neuen Angebote zu wirklichen Fortschritten führen.

Keine Bewegung

ist allerdings in der NATO zu erkennen. Anfang Juni haben die Verteidigungsminister in der Nuklearen Planungsgruppe den „großen Wert“ der nuklearen Streitkräfte in Europa hervorgehoben, die „für eine wesentliche politische und militärische Verbindung zwischen den europäischen und nordamerikanischen Mitgliedern des Bündnisses sorgen.“ Kein Wort von nuklearer Abrüstung. 10 Jahre ist es her, das der Internationale Gerichtshof den Einsatz von Atomwaffen für grundsätzlich verboten erklärte und die völkerrechtliche Verpflichtung zur Abrüstung herausstellte. Im Schwerpunkt dieses FreiRaums gehen wir der Frage nach, welche Konsequenzen wir in Deutschland aus diesem Rechtsgutachten ziehen.

Bewegung in Sicht

Wir haben alle verteidigungspolitischen Sprecher befragt. FreiRaum-Kontrovers will die Diskussion über den Abzug der Atomwaffen verstärken und wir bitte alle unsere LeserInnen sich engagiert einzubringen: Schreiben sie dem Verteidigungsminister und den Bundestagsabgeordneten Ihre Meinung. Bei der Pacemakers pro-tour haben immerhin 12 Abgeordnete ihre Unterstützung für eine atomwaffenfreie Welt zugesagt. Mit über 15 weiteren stehen wir in Kontakt.

Nach oben

bewegt sich unsere LeserInnenzahl. Wir mussten die letzte Nummer sogar nachdrucken, weil es so viele Nachbestellungen gab. Wir danken allen, die sich an der Werbung neuer Leser des FreiRaums beteiligt haben.

Noch nicht genügend oben

bewegt sich leider der Kontostand. Obwohl der FreiRaum immer besser angenommen wird, ist die Kasse schon fast wieder leer. Um die nächsten Ausgaben finanzieren zu können sind wir weiter dringend auf Ihre Spenden angewiesen.

Aber auch durch Vermittlung von Anzeigen und Beilagen könnten Sie unserer Kasse Gutes tun.

Die FreiRaum-Redaktion
Roland Blach,
Julia Kramer,
Marion Küpker,
Wolfgang Schlupp-Hauck

Der Verzicht auf Atomwaffen steht auf rechtlich schwachen Füßen

Der bisherige Verzicht Deutschlands beruht auf drei Grundlagen:

1. der Erklärung Adenauers vom 23.10.1954 im Rahmen der Pariser Verträge, dass die Bundesrepublik sich verpflichtet, Atomwaffen, chemische und biologische Waffen auf ihrem Gebiet nicht herzustellen,

2. auf dem 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrag, mit dem Deutschland sich verpflichtet hat, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemanden anzunehmen, sie nicht herzustellen oder sonst wie zu erwerben, und

3. auf dem 2+4-Vertrag vom 12.9.1990, in dem Deutschland seinen Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen bekräftigt hat.

In allen drei Regelungen sind Einschränkungen oder Vorbehalte enthalten, die deutlich werden lassen, dass die politischen Kräfte in Deutschland sich die Option auf eigene Atomwaffen stets offen gehalten haben:

Adenauers Erklärung aus dem Jahr 1954 betraf nur die Herstellung in Deutschland. Sie wurde zudem durch den damaligen US-Außenminister ausdrücklich unter den Vorbehalt der „clausula rebus sic stantibus“ gestellt, d.h. der Verzicht sollte nur gelten, solange die zugrunde liegenden Verhältnisse sich nicht ändern.

Der deutsche Verzicht im Atomwaffensperrvertrag sollte unter dem Vorbehalt einer europäischen Lösung und außerdem unter einem Kriegsvorbehalt stehen, beides zwar unwirksame Einschränkungen, aber Versuche, die Wirksamkeit zu begrenzen. Zudem ist der Atomwaffensperrvertrag kündbar. Eine Kündigung hätte zur Folge, dass der Verzicht nur noch auf der – eingeschränkten – Erklärung Adenauers aus dem Jahre 1954 beruhte.

Im 2+4-Vertrag wird lediglich der frühere Verzicht „bekräftigt“, d.h. nur der Verzicht Adenauers und der Verzicht im Atomwaffensperrvertrag wiederholt. Deren Grenzen habe ich bereits aufgezeigt.

Den Atomwaffenverzicht auf starke Füße stellen

Wenn Deutschland ernsthaft auf eigene Massenvernichtungswaffen und auf die Teilhabe an den Massenvernichtungswaffen anderer Staaten verzichten will, so ist eine verfassungsrechtliche Regelung überfällig. Ein ausdrücklicher Verzicht im Grundgesetz hätte eine klarstellende Wirkung. Er wäre nur unter erschwerten Bedingungen abänderbar und würde vor allem deutsche Politiker unmittelbar verpflichten ohne ihnen Schlupflöcher zu lassen. Künftig hieße es unmissverständlich: Hände weg von ABC-Waffen!

Vorschlag für eine Grundgesetzergänzung

Art. 26 a

Verzicht auf Massenvernichtungswaffen

1. Deutschland verzichtet auf Entwicklung, Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen.

2. Diese Waffen dürfen weder durch noch über Deutschland transportiert, noch auf dem Staats-

gebiet gelagert oder bereitgehalten werden.

3. Deutschland setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass es zur Aufnahme von Verhandlungen der Atomwaffenstaaten und ihrer jeweiligen Verbündeten kommt, die in redlicher Absicht geführt werden und darauf gerichtet sind, wirksame Maßnahmen zur weltweiten vollständigen nuklearen Abrüstung in naher Zukunft unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen.

4. Deutschland wird sich künftig in keiner Form an einem Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen beteiligen, und zwar weder durch Bereitstellung von Trägersystemen oder durch sonstige Formen der Unterstützung noch durch Mitarbeit in bilateralen oder multilateralen Gremien, die sich mit dem Einsatz solcher Waffen oder dessen Vorbereitung befassen.

Der Absatz 1 erweitert die Formulierung des „2+4-Vertrages“ um den Begriff der „Entwicklung“, um sowohl Arbeiten an derartigen Waffenprogrammen als auch einen Technologietransfer in andere Staaten zu verhindern. Biologische und chemische Waffen sind einzubeziehen. Sie sind von Adenauers Verzicht ebenso erfasst wie vom 2+4-Vertrag. Sie sind zudem bereits völkerrechtlich geächtet.

Die Regelung des Absatz 2 ist geboten, um die bundes- und völkerrechtswidrige Stationierung derartiger Massenvernichtungswaffen in Deutschland und ihren Transport verfassungsrechtlich zu erfassen, ihren Abzug einzuleiten und künftige Stationierungen zu verhindern.

Der Absatz 3 knüpft an die Verpflichtung aus Art. VI Atomwaffensperrvertrag an und gibt der vom IGH nochmals ausdrücklich betonten Rechtspflicht zur zügigen atomaren Abrüstung Verfassungsrang.

Mit dem Absatz 4 wird Deutschland verboten, sich im Rahmen von Bündnissen an der Verfügungsgewalt über und dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu beteiligen. Damit wird hervorgehoben, dass Bündnisverpflichtungen niemals eine Rechtfertigung für die Drohung mit oder die Anwendung von ABC-Waffen sein können.

Deutschland kann anderen Staaten folgen

Deutschland stünde mit einer verfassungsrechtlichen Regelung nicht allein. Der Nationalrat der Bundesrepublik Österreich hat 1999 ein Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich beschlossen, das hinsichtlich der Atomwaffen folgenden Wortlaut hat:

- In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.

- Die Verfassungen der Staaten Brasilien, Philippinen und Palau verbieten ebenfalls Atomwaffen. Neuseeland ist kraft Gesetzes atomwaffenfrei. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld hat vor kurzem in einem Interview den Weg zu einem atomwaffenfreien Deutschland aufgezeigt. Er hat erklärt, es sei Sache der Deutschen, ob weiter Atomwaffen in Deutschland stationiert seien

Bernd Hahnfeld ●

Die Schere klafft immer weiter auseinander

Es besteht eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung, Kernwaffen abzurüsten. Das hat vor 10 Jahren der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag in einem Rechtsgutachten bestätigt. Von einem endgültigen Verbot der Kernwaffen und ihrer vollständigen Abrüstung sind wir jedoch weit entfernt.

1995 stand die Entscheidung über die Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) an. Damals gab es eine starke Bewegung gegen dessen unbefristete Verlängerung aus der Befürchtung heraus, dass damit der Druck auf die Atommächte für die Umsetzung der Abrüstungsverpflichtung aus dem NVV Artikel VI ↗

sinken würde. Bekanntlich hat sich diese Position nicht durchsetzen können. Mit dem IGH-Gutachten vom 7. Juli 1996 wurde das Gleichgewicht von nuklearer Nichtverbreitung und Abrüstung wieder gerade gerückt. Wenn man heute 10 Jahre nach diesem Rechtsgutachten eine Bilanz zieht, fällt diese jedoch ernüchternd aus. Im Bereich der Nicht-Verbreitung wurden wesentliche Fortschritte erzielt, während die nukleare Abrüstung unter dem Strich deutliche Rückschritte erlitten hat. Damit klafft die Schere zwischen diesen beiden Aufgabenfeldern noch weiter auseinander als sie es ohnehin vor 10 Jahren schon tat. Folglich scheiterte die NVV Überprüfungskonferenz im Mai letzten Jahres.

Die Bilanz des vergangenen Jahrzehnts

Erfolge in der horizontalen Nichtverbreitung

Im Irak und in Libyen wurden Kernwaffenprogramme beendet.

- ☞ Mit Kuba ist 2002 eines der wenigen Länder dem NVV beigetreten, die noch außen vor standen. Mit 187 Mitgliedern von 192 UNO-Staaten hat der Vertrag fast universelle Gültigkeit erreicht.
- ☞ 1997 wurde das Zusatzprotokoll verabschiedet und bis Frühjahr 2006 wurde es bereits von 107 Staaten unterzeichnet.
- ☞ Die Resolution 1540 des UN Sicherheitsrats befasst sich mit der Abwehr terroristischer Gefahren von Massenvernichtungswaffen.
- ☞ PSI, die Proliferationssicherheitsinitiative unter Federführung der USA, wurde eingeführt.

Rückschläge in der horizontalen Nichtverbreitung

- ☞ Nord-Korea hat die IAEA-Inspektoren des Landes verwiesen und im Januar 2003 den Austritt aus dem NVV erklärt.
- ☞ Der Iran hat 18 Jahre lang den Bau und Probetrieb von sensitiven nuklearen Anlagen nicht an die IAEA gemeldet. Er ist aufgrund verschiedener Indizien in den Verdacht geraten, ein militärisches Interesse zu verfolgen.
- ☞ Die neue Kooperationsvereinbarung zwischen Indien und den USA unterminiert das Nichtverbreitungsregime

Erfolge in der nuklearen Abrüstung

- ☞ Der Strategic Offensive Reduction Treaty (SORT) wurde im Mai 2002 von den USA und Russland in Moskau unterzeichnet und trat noch im selben Jahr in Kraft

Rückschläge in der nuklearen Abrüstung

- ☞ Der Umfassende Kernwaffenteststoppvertrag (CTBT) ist nach wie vor nicht in Kraft getreten. Die USA verkürzen die Vorlaufzeit für die Wiederaufnahme von Kernwaffentests in Nevada auf 1 ½ Jahre.
- ☞ Verhandlungen zum Fissile Material Cutoff Treaty (FMCT) konnten nicht beginnen.
- ☞ Die USA haben den ABM-Vertrag im Dezember 2001 gekündigt.
- ☞ START II wird daraufhin von Russland nicht ratifiziert und wird nicht in Kraft treten.
- ☞ Der SORT-Vertrag hat keinerlei Verifikationsmassnahmen, gilt nur bis 2012 und erfordert nicht die Demontage von Kernwaffen.
- ☞ Die US Nuclear Posture Review von 2003 schlägt den Einsatz von Kernwaffen auch als Reaktion auf einen Angriff mit biologischen oder chemischen Waffen vor.
- ☞ Die USA produzieren seit 2004 wieder Tritium für Kernwaffen und tun dies in einem zivilen Reaktor.
- ☞ Weiterhin bestehen weltweit rund 20.000–30.000 nukleare Waffen, davon sind nach wie vor rund 4000 in höchster Alarmbereitschaft. Die Arsenale werden modernisiert und auf lange Lebensdauer eingestellt.

Den Trend umkehren

Um zu vermeiden, dass das Nichtverbreitungsregime weiter zerfällt, muss die gravierende Diskriminierung der Nichtkernwaffenstaaten durch den NVV beseitigt werden, indem die Kernwaffenstaaten ihre Verpflichtung aus Artikel VI einlösen, ihre Kernwaffen zügig und vollständig abzurüsten. Ein Anfang könnte mit deutscher Hilfe gemacht werden, indem auf die nukleare Teilhabe

verzichtet wird, die von den USA in Büchel stationierten Kernwaffen abgezogen werden und die kernwaffenfähige Tornadostaffel der Bundeswehr abgeschafft wird.

Dr. Martin Kalinowski ● ist Atomphysiker, war sieben Jahre Mitarbeiter der Teststoppvertragsorganisation (CTBTO) in Wien. Seit diesem Jahr ist er Professor für Naturwissenschaft und Friedensforschung an der Universität Hamburg.

UK: Erneuerung von Trident?

Bereits letzten Herbst gab es Vermutungen, die britische Regierung hätte die Entscheidung über eine Erneuerung ihres Atomwaffenprogramms „Trident“ schon heimlich gefällt. Da Tony Blair mehr und mehr unter Druck steht, verdichtet sich die Wahrscheinlichkeit, dass er eine öffentliche Entscheidung vor seiner Amts-Abgabe rasch über die Bühne zu bringen versucht. Trident ist noch bis in die 2020-er Jahre einsatztauglich.

Sollte sich Großbritannien für die Erneuerung entscheiden, wird es stark mit den USA zusammenarbeiten und ggf. von deren Entwicklungen von „Mini-Nukes“ und „Bunker-Busters“ profitieren. Die Milliarden Pfund hierfür würden dann in sozialen Programmen fehlen. Ließe das UK das Programm auslaufen, wäre es pünktlich bis zum Jahr 2020 atomwaffenfrei und hätte seine Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag als erste Atommacht eingelöst.

US-indisches Nuklear-Abkommen

Noch ist das Abkommen zur Lieferung von Nukleartechnik der USA an die inoffizielle Atommacht Indien vom US-Kongress nicht absegnen worden (wir berichteten). Kritiker halten es für einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages und ein falsches Signal für die Länder, die sich (noch) an den Vertrag halten. So brachte die FDP am 18. Mai einen Antrag in den Bundestag ein, die Regierung solle in der „Nuclear Suppliers Group“ (NSG) auf eine Nachbesserung des Abkommens zwischen Indien und den USA (z.B. Beitritt Indiens zum Atomteststoppvertrag) drängen. Bundeskanzlerin Merkel hatte beim Besuch des indischen Premiers Singh im April anklagen lassen, dass die BRD im Rahmen der NSG an Nukleargeschäften mit Indien durchaus Interesse hat.

Brasilien darf, was dem Iran verboten wird

Am 5. Mai nahm Brasilien offiziell eine Urananreicherungsanlage in Resende in Betrieb. Zwar durften die Kontrolleure der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nur Ausgangs- und Endprodukte der Anlage überprüfen und nicht ihr Inneres, aber der internationale Aufschrei blieb im Gegensatz zum Fall Irans aus. Dabei hatte Brasilien nicht nur früher tatsächlich ein Atomwaffenprogramm, sondern hat – im Gegensatz zu Iran – auch nie ein Zusatzprotokoll der IAEA unterzeichnet, das unangemeldete Inspektionen erlaubt. **jk** ●

Pläne für Polen Abwehrraketen steigern das atomare Risiko

2011 sollen in Europa Abwehrraketen abschlussbereit stehen als Schutz vor iranischen Raketen. Sie werden uns jedoch keine Sicherheit schaffen, sondern den Konflikt anheizen und weltweit das Wettrennen beschleunigen. Von den weit reichenden US-Raketenabwehrplänen ist bisher noch wenig verwirklicht: erst neun Abfangraketen in Alaska und zwei in Kalifornien. In den vergangenen vier Jahren hat es keinen erfolgreichen Abfangtest gegeben.

Doch jetzt soll der Irrsinn ausgeweitet werden. Die New York Times berichtete am 22. Mai, dass die USA die Aufstellung von zehn Abwehrraketen in Polen planen. Die Startfinanzierung von 56 Millionen Dollar ist für 2007 im US-Kongress beantragt.

Die Raketenabwehrpläne sind aber nicht defensiv. Sie beinhalten die Illusion von Unverwundbarkeit und schaffen so die Illusion gefahrlos angreifen zu können. Sie setzen die kriegsvermeidende Logik der Abschreckung außer Kraft. Für den Iran stellen die „Abwehrraketen“ eine Steigerung des Drohpotentials dar. Zusammen mit den mehr oder weniger offen ausgesprochenen militärischen Angriffsdrohungen werden sie dort das Streben nach der Atombombe eher fördern als eindämmen.

Auch Russland und China würden auf die Stationierung mit weiterer Aufrüstung reagieren, um ihre Abschreckungspotentiale zu erhalten. „Diese Pläne beunruhigen uns sehr“, war bereits aus Moskau von Verteidigungsminister Iwanow zu hören. Er kündigte an, die Stationierung der US-Raketen in seinen strategischen Planungen zu berücksichtigen. Das heißt nichts anderes als Gegenmaßnahmen durch Mehrfach- und steuerbare Atomsprengköpfe.

In China gibt es ähnliche Überlegungen. Die jetzigen Interkontinentalraketen, die erst aufwändig betankt werden müssen, könnten auf sofort einsetzbare Feststoffraketen umgerüstet werden.

Das sind Entwicklungen in die falsche Richtung. Wer Massenvernichtungswaffen unschädlich machen will, muss sie abschaffen, auch seine eigenen. Eine kontrollierte Beseitigung sämtlicher Atomraketen und Sprengköpfe macht die Raketenabwehr überflüssig und erhöht unsere Sicherheit. Wir müssen gegen die Abwehrraketen in Polen protestieren. **wsh ●**

Deutsche Atombomber: Wie lange noch?

Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat ein neues Weißbuch für die Bundeswehr entworfen. Danach soll die Bundeswehr „auch in Zukunft“ mit Trägermitteln für Nuklearwaffen ausgestattet sein.

Der FreiRaum hat die verteidigungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen zu Ihren Standpunkten zur nuklearen Teilhabe befragt:

1. Wie bewerten Sie den politischen und militärischen Nutzen der in Deutschland gelagerten Atomwaffen?

2. Welche Folgerungen sind aus ihrer Sicht aus den Verpflichtungen durch die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages und dem IGH-Gutachten für die aktuelle Diskussion zu ziehen?

3. Wie stehen Sie zur Idee eines atomwaffenfreien Deutschlands und der Aufgabe der technischen und politischen nuklearen Teilhabe bis spätestens 2010?

Lesen Sie hier in FreiRaum-Kontrovers die Kernpunkte der Antworten. Die vollständigen Texte finden Sie unter www.pressehuette.de. **wsh ●**



**Bernd Siebert,
CDU-CSU**

zu 1.+2.) Die in Deutschland gelagerten Atomwaffen haben während des Kalten Krieges ihre Funktion erfüllt. Auch wenn sie heute eine deutlich geringere Bedeutung haben, ist das Ziel der NATO weiterhin, den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten vor jeder Art einer militärischen Bedrohung zu gewährleisten. Deshalb ist die nukleare Abschreckung weiterhin aktuell. Wir unterstützen deshalb die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO. Denn gerade das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zu Kriegsverhinderung, die Demonstration von Bündnissolidarität und das nukleare Streitkräftepotential machen die Nato glaubwürdig. Im Rahmen des „burdensharing“ stehen wir deshalb zur Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, zur Beteiligung an Planung, Konsultationen sowie zur Bereitstellung von Trägermitteln. Im Übrigen sichert die Beteiligung an der nuklearen Teilhabe auch die politische Mitsprache beim Einsatz bzw. Nichteinsatz nuklearer Waffen.

3.) Das Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands wie einer atomwaffenfreien Welt ist – wie der Wunsch nach einer friedlichen Welt – nachvollziehbar. Wir haben in den vergangenen Jahren allerdings erlebt, wie schnell sich neue Bedrohungsszenarien entwickeln können. Die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich schnell in ihr Gegenteil verkehrt. Sicherheitspolitik hat aber gerade die Aufgabe, auch auf unerwartete Entwicklungen vorbereitet zu sein. Angesichts dieser Verantwortung, die ich als Politiker mittrage, ist die derzeitige NATO-Strategie für mich ohne Alternative.



Rainer Arnold, SPD

1.) Ziel der NATO ist Schutz und Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten vor jeder Art einer militärischen Bedrohung zu gewährleisten. Hierzu gehört auch die nukleare Abschreckung.

Allerdings ist der Auftrag der nuklearen Streitkräfte im NATO-Rahmen politischer Natur: Sicherung des Friedens und Verhinderung von Gewalt. Nuklearwaffen verdeutlichen einem potentiellen Angreifer, wie es konventionelle Streitkräfte allein nicht können, dass jedweder Angriff auf die NATO zu einem unkalkulierbaren und unannehmbaren Risiko wird.

Als Mittel der operativen Kriegsführung dürfen meiner festen Überzeugung nach Atomwaffen keine Rolle spielen!

2.) Die geltende Verteidigungsstrategie der NATO und die Politik der nuklearen Teilhabe sind auch im Lichte des viel beachteten Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 6. Juli 1996 mit dem Völkerrecht und dem Grundgesetz vereinbar.

Deutschland erlangt durch die nukleare Teilhabe weder im Frieden noch im Verteidigungsfall jemals Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen. Deutschland hat völkerrechtlich verbindlich auf Erwerb, Besitz und Verfügungsgewalt von Nuklearwaffen verzichtet.

3.) Die Bereithaltung nationaler Trägersysteme (Tornados) ist 16 Jahre nach Ende des Kalten Krieges überholt. In wenigen Jahren werden sie außer Dienst gestellt. Damit endet die taktisch-nukleare Teilhabe Deutschlands. Wir sind nicht bereit neue Trägersysteme bereit zu stellen.

Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik kann durchaus durch unilaterale Schritte unterstützt werden. Wir halten an unserem langfristigen Ziel eines völkerrechtlichen Verbots des Einsatzes und der Herstellung weltweit fest. Der einseitige Verzicht erscheint mir weder realistisch noch sachgerecht. Alle Atomkräfte müssen sich an einem solchen Prozess beteiligen.



Birgit Homburger, FDP

1.) Im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges ist die Fähigkeit, taktische Nuklearwaffen von deutschem Boden aus einzusetzen, heute nicht mehr erforderlich. Die NATO-Strategie kann auch ohne diese Option beibehalten werden. Nukleare Abschreckung setzt voraus, dass sich die Gegenseite rational verhält. In Zeiten asymmetrischer Bedrohung gilt jedoch eine andere Abschreckungslogik als bisher.

2.) Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag beruht auf drei Säulen: Verpflichtung der Mitglieder zur Nichtverbreitung, Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten auf Abrüstung ihrer nuklearen Arsenale und Berechtigung aller

Staaten zum Zugang zur zivilen Nutzung der Kernenergie. Nur wenn alle gleichberechtigt umgesetzt werden, behält er seine Glaubwürdigkeit. Deutschland ist Nicht-Nuklearwaffenstaat und soll dies nach Auffassung der FDP auch bleiben und sich weiter aktiv zur nuklearen Nichtverbreitung bekennen. Staaten mit Nuklearwaffenambitionen werden nur dann weiter auf Nuklearwaffen verzichten, wenn auch bei der Abrüstungsverpflichtung der Nuklearwaffenstaaten weitere Fortschritte gemacht werden. Die NATO-Staaten müssen bereit sein, die Rolle der Nuklearwaffen in ihrer Militärstrategie zu reduzieren.

3.) Deutschland hat sich zuletzt im Zwei-Plus-Vier-Vertrag dazu verpflichtet, niemals Atomwaffen zu besitzen und soll daran nach Auffassung der FDP auch weiterhin festhalten. Eine Verlegung der rund 150 US-amerikanischen taktischen Nuklearwaffen aus Deutschland in eine rückwärtige sichere Aufbewahrung in den USA wäre sinnvoll und ein wichtiges erstes Signal, dass auch die Abrüstungsverpflichtung als integrativer Bestandteil des Nichtverbreitungsregimes ernst genommen wird.



Winfried Nachtwei, Bündnis 90 / Die Grünen

1.) Atomwaffen sind grundsätzlich verwerflich. Die noch in Deutschland stationierten taktischen Atomwaffen haben keinerlei militär- und sicherheitspolitische Bedeutung mehr. Ein vollständiger Abzug ist überfällig. Angesichts der veränderten Weltlage ist kein Szenario denkbar, wonach sich die Bundeswehr an einem Einsatz taktischer Atomwaffen beteiligt. Die nukleare Teilhabe hat in erster Linie bündnispolitische, aber keine operative Bedeutung mehr.

2.) Die Einrichtung eines Kernwaffenregisters, die Offenlegung der Plutoniumbestände sowie der Verzicht auf die Androhung oder den Einsatz von Atomwaffen sind notwendige Schritte. Eine operative Erneuerung von Nuklearwaffen halte ich politisch für unverantwortlich. Der Rückzug aus der nuklearen Teilhabe ist als wichtiges Signal zur Stärkung des Abrüstungs- und Nichtverbreitungsprozesses überfällig. Deshalb unterstütze ich Initiativen wie die „Mayors for Peace“, die für einen vollständigen Abzug der US-Atomwaffen aus Europa sowie für die internationale Kontrolle von atomwaffenfähigen Materialien plädieren.

3.) In unserem Antrag „Abrüstung der taktischen Atomwaffen vorantreiben – US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa vollständig ab-

ziehen“ fordern wir, auf die technisch-nukleare Zusammenarbeit in Friedens- wie in Kriegszeiten zu verzichten. Mit Entscheidung der rot-grünen Regierung, keine neuen nuklearwaffenfähigen Trägersysteme zu beschaffen, ist faktisch der Ausstieg aus der technisch-nuklearen Teilhabe beschlossen. Dieser Ausstiegsprozess darf nicht zurückgedreht, sondern muss beschleunigt werden, damit Deutschland zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa und zu einem dringend notwendigen Abrüstungsfortschritt beiträgt.



Paul Schaefer, Linkspartei

1.) Von einem politischen und militärischen Nutzen von Atomwaffen zu sprechen, halte ich für verfehlt. Aufgrund ihres Zerstörungspotentials sind Atomwaffen eine komplett eigenständige Kategorie von Waffen. Sie können nicht mit der handelsüblichen Kosten-Nutzen-Rechnung bewertet werden. Darüber hinaus aber untergräbt die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland mit Sicherheit die Glaubwürdigkeit der Bekenntnisse der Bundesregierung für die Abschaffung aller Atomwaffen und als Vermittler zwischen Atomwaffenstaaten und Nicht-Atomwaffenstaaten.

2.) Sämtliche Atomwaffen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe Deutschlands wäre ein erster Schritt. Außerdem ist dies eine der wenigen konkreten Maßnahmen, mit denen Deutschland aktiv zur Abrüstung vorhandener militärischer Nuklearpotentiale und der zugehörigen Trägersysteme beitragen kann. Darüber hinaus sehe ich die Bundesregierung in der Pflicht, auch andere NATO Staaten vom Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe zu überzeugen und – vor allem – darauf hinzuwirken, dass sämtliche Staaten der Europäischen Union auf die Stationierung und den Einsatz verzichten.

3.) Auf der letzten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages hat sich gezeigt, dass dieses Regime in der Krise ist. Ein atomwaffenfreies Deutschland würde daher ein wichtiges Signal aussenden und klarstellen, dass Sicherheit nicht mit dem Besitz von Atomwaffen verbunden ist. Die einzelnen Schritte dafür, unter anderem der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe, sollten natürlich in Abstimmung mit den anderen NATO- und EU-Staaten erfolgen. Dies ist aber auch schon vor 2010 zu erreichen.

Amtsgericht Cochem spricht erstmals Atomwaffengegner frei

Die Sitzung dauerte gerade einmal 30 Minuten, nachdem bereits die Staatsanwaltschaft auf Freispruch plädiert hatte. Zum ersten Mal sprach Richter Johann vom Amtsgericht Cochem am 15. März 2006 einen Atomwaffengegner frei. Dies ist ein Novum in der langjährigen Protestgeschichte der GAAA.

Wolf-Dieter Wiebach aus Berlin war angeklagt, weil er Aufrufe an Bundeswehrsoldaten des Jagd-bombergeschwaders 33 (Büchel, Rheinland-Pfalz) verteilt hatte mit dem Ziel, „jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe zu verweigern“.

Der Freispruch folgte den Freisprüchen höherer Instanzen, des Landgerichts Koblenz vom 29.



März 2005 und des Oberlandesgerichts Koblenz vom 28. September 2005. Dort wurden die GAAA-Aktivistinnen Hanna Jaskolski und Hermann Theisen vom Vorwurf freigesprochen, sie hätten sich beim Verteilen von Aufrufen zur Befehlsverweigerung an die Soldaten in Büchel strafbar gemacht. Dies sei durch das Recht auf freie Meinungsäußerung selbstverständlich abgedeckt gewesen.

Wir sehen uns damit bestärkt, uns weiterhin an die Soldaten in Büchel wie auch an alle Bürger dieses Landes zu wenden, sich für atomare Abrüstung in Europa einzusetzen sowie grundgesetz- und völkerrechtswidrige Einsätze zu verweigern!

Roland Blach
Erika Drees ●

Sagen Sie unseren Abgeordneten Ihre Meinung:

Lesen Sie die vollständigen Stellungnahmen auf der Homepage www.pressehuette.de.

Sie haben dort die Möglichkeit, den Abgeordneten Ihre Anmerkungen zu den geäußerten Ansichten und Ihre Argumente zur nuklearen Teilhabe mitzuteilen. Wer keinen Internetzugang hat, kann seinen Brief an die Pressehütte schicken, wir leiten ihn dann weiter und veröffentlichen Ihre Meinung ebenfalls auf der Homepage.



Aufruf zur Gründung der „Stiftung Atomwaffen Abschaffen“

Im vergangenen Jahr jährten sich zum 60. Mal die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Weltweit fanden Gedenkveranstaltungen statt und einhellig wurde dabei die atomare Abrüstung gefordert sowie der Verzicht auf jeglichen Einsatz von Atomwaffen. Demgegenüber befinden sich noch immer etwa 30.000 Atomwaffen im Besitz von acht Atomwaffenstaaten, wovon ca. 17.500 Atomwaffen sofort einsatzbereit sind und sich davon 4.000 im Zustand ständiger Höchstalarmbereitschaft befinden.

In dieser Situation entstand die Idee zur Gründung einer Stiftung Atomwaffen Abschaffen.

Die Stiftung soll Organisationen, Initiativen und Menschen unterstützen, die sich für die Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen einsetzen.

Unterstützung ist dringend

Um eine Stiftung gründen zu können, sind 50.000 Euro notwendig, damit diese effektiv arbeiten kann, ein mehrfaches davon. Deshalb werden dringend Spenden benötigt, wofür bei der GLS Gemeinschaftsbank ein Konto eingerichtet wurde (Sonderkonto Theisen, Konto 6008 778 500 – Bankleitzahl 430 609 67).

Ebenso dringend sind Zustiftungen erwünscht. Fragen hierzu beantwortet der Autor dieses Artikels gerne. Zum bisherigen Unterstützerkreis gehören

Prof. Dr. Klaus Dörner,
Prof. Dr. Ulrich Gottstein,
Prof. Dr. Reimer Gronemeyer,
Prof. Dr. Luise Schottruff und
Prof. Dr. Klaus Traube.

Kontaktadresse: Stiftung Atomwaffen Abschaffen, Hermann Theisen, Moltkestraße 35, 69120 Heidelberg, Tel.: 06221/401304 mobil: 0177/2168985 hermann.theisen@t-online.de ●

„Atomwaffenfrei bis 2020 - Abrüstung wagen“

Der Staatsminister würdigt das Engagement der Friedensbürgermeister

Gernot Erler nahm sich viel Zeit. Er hielt am 24. 3. 2006 in Hannover nicht nur einen Vortrag vor den Bürgermeistern, die sich auf Einladung von Oberbürgermeister Schmalstieg im Rathaus versammelt hatten. Der Staatsminister aus dem Auswärtigen Amt verfolgte danach interessiert den gesamten Austausch zwischen den „Mayors for Peace“ und den Vertretern des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!“ Fünfzig der inzwischen über dreihundert deutschen „Mayors for Peace“ waren nach Hannover gekommen, um Erfahrungen auszutauschen und Perspektiven für die Weiterarbeit zu entwickeln.

Gernot Erler referierte aus Sicht der Bundesregierung die Rahmenbedingungen der atomaren Abrüstung und Nichtverbreitung. Seit dem 11. September gebe es ein neues Thema: die Angst der Proliferation an Terroristen. Diese Angst erhöhe die Bereitschaft, Nuklearwaffen einzusetzen. Doch die sich wandelnden Nukleardoktrinen der Atommächte wiesen einen Denkfehler auf. Abschreckung funktioniere nur gegen ein Land, nicht aber gegen „nichtstaatliche Akteure“. „Nur kontrollierte und vollständige Abrüstung ist eine Antwort auf diese Gefahr.“

Gernot Erler sieht keine Möglichkeiten, Zwang auf die Atommächte auszuüben: „Nur Dialog und politischer Druck können Fortschritte für die Abrüstung bringen.“ Die Politik brauche dazu die Mahnung und Unterstützung der Bevölkerung. Regina Hagen und Roland Blach übergaben Erler über 10.000 Unterschriften mit dem Appell an die neue Bundesregierung: „Atomwaffen abrüsten - in Deutschland anfangen“. Gernot Erler versprach die Forderungen weiterzuleiten und sicherte zu, dass er auch zukünftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

Die Bürgermeister berichteten von ihren lokalen Aktivitäten (Ausstellungen – Nacht der 100.000 Kerzen zu den Hiroshima-Nagas-



Die Mayors for Peace trafen sich mit Staatsminister Erler im Mosaiksaal des Hannover Rathauses. Foto: Pressehütte

aki-Gedenktagen). Dabei wurde deutlich, wie wichtig die Aktivitäten von Friedensgruppen bzw. Einzelnen für die Umsetzung vor Ort sind. Die Bürgermeister wollen weiter neue Mitglieder werben, auch unter den Partnerstädten, um mit Mayors for Peace ein weiter wachsendes politisches Gewicht für nukleare Abrüstung zu schaffen.

Um die Vision „atomwaffenfrei bis 2020“ voranzubringen, stellte der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“ die nächsten Schritte für die Kampagne in Deutschland vor. Bis zur nächsten Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 soll Deutschland konkrete Abrüstungsschritte vorweisen können: einen Bundestagsbeschluss, der den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordert, die Aufgabe der nuklearen Teilhabe erklärt und die Atomwaffenfreiheit Deutschlands im Grundgesetz festschreibt.

Mit einer der Öffentlichkeitsarbeit gewidmeten Kampagne und einer Druckkampagne bis zum Ende der Legislaturperiode wird der Trägerkreis für dieses Ziel arbeiten.

Bernd Hahnfeld untermauerte dieses Konzept juristisch (siehe den vorangehenden Artikel). Weil die Mayors for Peace aus allen im Bundestag vertretenen Parteien stammen, können sie dafür

sorgen, dass die inzwischen im Bundestag gestarteten Aktivitäten der Opposition (Kleine Anfrage und Antrag der Linksfraktion sowie der Antrag der Grünen) nicht im Parteiengezänk untergehen, sondern auch in den Regierungsparteien Zuspruch erhalten. **wsh ●**



Gernot Erler (3. von links) in Mitten der deutschen Mayors for Peace. Foto: Pressehütte

Pacemakers pro-tour für eine friedliche Welt erfährt große Unterstützung

4 Radfahrer fahren in Rekordzeit nonstop alle Fußball-WM Städte ab

Am 10. Juni haben die vier Radfahrer Thomas Heider (erfolgreicher Duathlet), Christian Englert (mehrfacher deutscher Berglaufmeister, mehrfacher Teilnehmer am Triathlon „Iron Man“ auf Hawaii), Christoph Fuhrbach (3-facher Berglaufmeister, Weltumradler 98/99) und Tobias Wiesemann (gute Platzierungen bei Triathlon Meisterschaften auf Landes- und Bundesebene) mit ihren 11 Begleitern in zwei Wohnmobilen und einem VW Bus nach genau 75,5 Stunden Fahrzeit und 2200 km pünktlich auf die Minute den sonnigen St. Martins Platz in Kaiserslautern erreicht. Zuvor war es dem Pacemakers-Team gelungen, nach dem Start am 7. Juni am selben Ort alle 12 WM-Städte zur nahezu exakt vorgegebenen Zeit anzufahren.

Die Pacemakers pro-tour als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen beendete damit eine in jeder Hinsicht großartige Leistung.

Die Werbetour für ein globales Fairplay erfuhr eine vielfältige Unterstützung. Schon beim Start waren die Schirmherren Udo Bölts und Karin Kortmann, Staatssekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit von der Partie. Begleitet durch ein faires Frühstück kamen auch Sportdezernent Günter Remler und der US-amerikanische Priester Simon Harak zu Wort.

An den folgenden drei Tagen begrüßten offizielle Vertreter der WM-Städte die pro-tour und bewunderten sowohl die sportliche Leistung als auch die Botschaft der Völkerverständigung: Bürgermeister Martin Schairer (Stuttgart), Hep Monatzeder (München), Fraktionsvorsitzender Gerhard Schönefelder (Nürnberg), Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (Hannover), Bürgermeisterin Birgit Jörder (Dortmund), Verwaltungsvorstand Dr. Beck (Gelsenkirchen), Sportamtsleiter Dieter Sanden (Köln) und zum Abschluss Oberbürgermeister Bernhard Deubig

(Kaiserslautern). Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert verlas in Berlin zudem das Grußwort der kurzfristig verhinderten Berliner Bürgermeisterin Karin Schubert.

Erfreulich war zugleich, dass neben Frau Kortmann und Frau Rawert mit Martin Burkert, Monika Lazar, Niels Annen, Krista Sager, Norman Paech, Diether Dehm, Silke Stokar, Marco Bülow, Wolfgang Gehrcke und Alexander Ulrich insgesamt 12 Bundestagsabgeordnete ihre Unterstützung für Initiativen hin zu einer atomwaffenfreien Welt bei den Empfängen zusagten. Weitere fünf Abgeordnete waren kurzfristig, etwa 10 Abgeordnete aus allen Fraktionen langfristig verhindert. Radolympiasieger Jens Lehmann stattete dem pro-tour Team vor dem Leipziger Rathaus sogar einen kurzen Besuch ab.

Besondere Anerkennung verdient die Unterstützungsleistung vieler Friedens- und Eine-Welt-Gruppen vor Ort, die die pro-tour verköstigten. Viele DFG-VK Gruppen waren zudem in die lokale Öffentlichkeitsarbeit involviert.

Eine herausragende Leistung vollbrachten aber in jeder Hinsicht die vier Radsportler und die elf Begleiter. Im wahrsten Sinne des Wortes unermüdet war der körperliche Einsatz. Im ständigen 1-2 stündigen Radfahrerwechsel – tags wie nachts – konnte der angepeilte Nettoschnitt von 32 km/Stunde mehr als erreicht werden. Die seltenen gefahrenen Umwege wurden durch eine ständige koordinierende Energieleistung des Begleitemms sowie vieler Polizeikräfte ausgeglichen.

Diese nachhaltige Tour, die so kurz vor der WM zumindest in den lokalen Medien gut aufgenommen wurde, war auch eine Werbetour für den Pacemakers-Radmarathon am 5.8. über 346 km von Büchel nach Ludwigsburg. Alle sportlich ambitionierten Personen können sich für die gesamte Strecke oder eine Teiletappe anmelden. Alle weiteren Unterstützungsmöglichkeiten und Informationen: www.pace-makers.de **rb ●**



Gleichgeschaltete Medien - Vor jedem Krieg stehen Lügen

Leugnet Irans Präsident den Holocaust oder wird mit falschen Übersetzungen der Antisemitismusvorwurf gegen den Iran erfunden, um mit gezielten Propagandalügen Kriegshetze zu betreiben? Über die angeblichen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, Israel dem Erdboden gleichzumachen, es zu zerschlagen, zu vernichten, zu zerstören, zu tilgen, auszuradiieren, von der Landkarte zu löschen – lesen oder hören wir seit Ende Oktober 2005 in der „taz“, in der „Berliner Zeitung“, der „Welt“, im „Stern“, im „Spiegel“, in der „Zeit“, in der F.A.Z., der Frankfurter Rundschau, beim ZDF, in der Tagesschau und bei N24 – um nur einige zu nennen. Das, was hier verbreitet worden ist, hat gewirkt.

Die „Arbeiterfotografie“ hat auf ihrer Webseite sehr genau dokumentiert, was der iranische Präsident Ahmadinedschad wirklich gesagt hat: z.B. ergibt eine unabhängige Übersetzung aus dem Persischen Original, dass Ahmadinedschad den Begriff „Landkarte“ nicht verwendet. Er zitiert Ayatollah Khomeini mit der Aussage, dass das Besatzungsregime aus dieser Welt – wörtlich übersetzt: aus der Arena der Zeit verschwinden müsse. Also sinngemäß: für ein Besatzungsregime ist in dieser Welt bzw. in dieser Zeit kein Platz. Die von der „New York Times“ verwendete Formulierung „wipe off the map“ ist eine freie, verschärfende Übersetzung, die soviel wie „dem Erdboden gleich machen“ oder „ausradieren“ bedeutet. Die Übersetzung zunächst ins Englische („wipe off the map“) und dann von dort ins Deutsche – und das noch dazu wörtlich („von der Landkarte löschen“) – führt immer weiter vom Original weg. Das Perfide an dieser Übersetzung ist, dass das Wort „Landkarte“ nur in der einen (beabsichtigten) Weise einsetzbar ist: ein Staat lässt sich von der Landkarte entfernen, nicht aber ein Regime, von dem Ahmadinedschad tatsächlich spricht. Macht Euch ein eigenes Bild und lest bitte:

www.arbeiterfotografie.com/galerie/kein-krieg/hintergrund/index-iran-0008.html. Lest auch: „Warum reagieren die Medien, auch in Deutschland, wie gleichgeschaltet?“ – aus einem Interview von Jürgen Elsässer mit Andreas von Bülow, ehem. Bundesminister.

www.arbeiterfotografie.com/galerie/kein-krieg/hintergrund/gleichschaltung-0001.shtml#07 **mk ●**

Stichwort: Atomwaffentests

Seit dem ersten Atomtest in der Wüste von New Mexico, USA am 16. Juli 1945 (3 Wochen vor dem Einsatz in Hiroshima und Nagasaki) wurden weltweit etwa 2000 weitere Atomtests durchgeführt (davon ca. 530 oberirdisch).

Dabei wurde die 34.000fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe freigesetzt. Nicht nur für die Verbesserung der Waffen wurden die Bomben gezündet, sondern auch zu Propagandazwecken, insbesondere im Kalten Krieg. So gehen die meisten Atomtests auf das Konto der USA und der ehemaligen Sowjetunion, aber auch China, Frankreich, Großbritannien, Indien und Pakistan führten nachgewiesenermaßen Atomwaffentests durch.

Direkte Betroffene der Tests waren zumeist indigene Völker, beispielsweise im Pazifik, in australischen und amerikanischen Wüsten.

Wissenschaftler gehen von bis zu drei Millionen Krebstoten durch die Strahlenbelastung in Folge der Atomtests aus. Seit 1962 dürfen Atomtests nur noch unterirdisch durchgeführt werden. Dadurch hat sich die oberflächliche Strahlung verringert, ist aber keineswegs beseitigt. In der UNO liegt bereits ein kompletter Kernwaffenteststoppvertrag (engl. Abk.: CTBT) vor. Er konnte jedoch noch nicht in Kraft treten, weil einige Staaten, insbesondere einige Atommächte, ihn bisher nicht ratifiziert haben.

Philipp Kramer ●

Quellen: www.atomwaffena-z.info/
www.wikipedia.de

Glossar

Internat. Gerichtshof (IGH)

Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen (UN). 15 Richter werden von der UN-Generalversammlung und dem UN-Sicherheitsrat gewählt. Als Partei können nur Staaten vor den IGH treten. Diese, sowie die angeklagten Staaten, müssen den IGH jedoch anerkannt haben.

Nuclear Suppliers Group

Die „Nuclear Suppliers Group“ (NSG) ist ein Zusammenschluss von 45 Staaten, die durch gemeinsame Exportbeschränkungen für „Dual-Use“-fähige Atomenergietechnik die Weiterverbreitung von Atomwaffen eindämmen wollen.

Mitglieder sind u.a. Deutschland, die USA, Russland, Südafrika und Brasilien. Indien, auf dessen Atomtest 1974 hin die Gruppe gegründet wurde, ist bis heute nicht Mitglied.

jk & www.wikipedia.de ●

Atomkontrolleuren auf die Finger geschaut

Wischproben aus Wien

Zehn begeisterte Atomwaffen- und AtomkraftgegnerInnen haben sich im Rahmen der diesjährigen Aktions- und Studienreise der Friedenswerkstatt Mutlangen auf die Spuren der Atomenergiekontrolle in Wien begeben.

Zu Gast im weltbedeutendsten Atomtechnologielabor irgendwo im Nirgendwo



Im IAEO-Laboratorium in Seibersdorf bei Wien haben wir uns mit neuen detaillierten Informationen zur Atomforschung eingedeckt.

Während der dreistündigen „Rundum“-Besichtigung der verschiedenen Abteilungen und Anlagen konnten wir viele neue Erkenntnisse des Forschungsstandes in den Bereichen der radioaktiven Nutzpflanzenbestrahlung zur gesteuerten Mutation, in der Wasseraufbereitung und in der medizinischen Anwendung von Bestrahlung gewinnen. In diesen Forschungseinrichtungen wird u.a. untersucht wie mit radioaktiver Strahlung Ertragssteigerungen zu erreichen sind – also eine neue Form der Pflanzenzüchtung zu entwickeln. Tsetsefliegen werden sterilisiert, um die Malaria zu bekämpfen. Am Ende wurde uns auf besonderen Wunsch ein Blick in den so genannten cleanroom gewährt. Hier werden Methoden, Materialien und die Koordinierung von allen stattfindenden IAEO-Sicherheitsüberprüfungen von nuklearen Anlagen bereitgestellt. In einem kurzen Vortrag konnten wir dabei erfahren, mit welchen kriminalistischen Methoden die Kontrolleure hoch angereichertes Material auch in winzigsten Staubmengen aufspüren können. Grundlage für die Probengewinnung bildet ein unscheinbar aussehendes Stück weißer Zellstoff in der Größe eines Klopapiers, mit dem an möglichen kontaminierten Stellen staubgewischt wird.



CTBTO – Eine einzigartige technische Wunderleistung wartet auf eine bedeutende Mission

Beim Treffen mit einer hochrangigen Fachreferentengruppe der Organisation zur Umsetzung des umfassenden Atomwaffenteststopp-Abkommens (CTBTO), konnten wir den Aufbau und die Funktion des weltweit wirkungsvollsten Überwachungssystems über Atomtests kennen lernen. Es besteht aus unzähligen weltweit verstreuten Messstationen, die entweder 24 Stunden täglich in Echtzeit oder auf Anfrage alle relevanten Daten zur Einhaltung des Atomteststopps an das Datenzentrum in Wien senden. Dabei wird



zur eindeutigen Identifizierung jeweils die beste Messmethode für die Erfassung von Unterwasser-, unterirdischen und atmosphärischen Tests eingesetzt. Leider wird dieses System, obwohl bereits zu mehr als 50% der Stationen einsatzfähig sind, derzeit noch nicht für seine Aufgabe, der Atomtestüberwachung, verwendet. Der Grund: Das Atomteststopp-Abkommen (CTBT) ist noch nicht in Kraft, da noch zu wenige Mitgliedsstaaten beigetreten sind und einige Mitgliedsstaaten den Vertrag noch nicht ratifiziert haben.

Missionsbesuch überm Autozubehörladen

Bei einem Besuch in der Deutschen UN-Mission in Wien hatten wir die Gelegenheit, ein vertrauliches Gespräch mit einem dort arbeitenden deutschen Vertreter zu führen. Es wurde ausführlich über den aktuellen Irankonflikt diskutiert und nach Möglichkeiten zur Deeskalation gesucht. Auch haben wir wieder sehr viele neue Denkanstöße und Informationen zum derzeitigen Standpunkt der deutschen Regierungs- bzw. Verhandlungsführung erhalten. Ein klein wenig optimistisch hat uns in diesem Zusammenhang gestimmt, dass das derzeitige, streng vertrauliche Verhandlungspaket der EU-3 und der USA im Iran offensichtlich nicht sofort auf Ablehnung gestoßen ist und jetzt ernsthaft geprüft wird.



Empfang in barockem Wiener Villen-Ambiente

Ein weiterer Höhepunkt unserer Reise war das Treffen mit dem iranischen UN-Botschafter. In sehr gastfreundlicher und entspannter Atmosphäre bei Kaffee, Tee und „angereicherten Pistazien“ stellte Botschafter Soltaniyeh den derzeitigen Standpunkt der iranischen Regierung im aktuellen Konflikt um die Atomtechnologiefrage mit den (westlichen) Industriestaaten dar. Dabei führte er einige Argumentationen an, die uns aus der deutschen Medienlandschaft völlig unbekannt waren. Beispielsweise, dass der Iran in Europa bereits zu Zeiten des Schahs hohe finanzielle Investitionen und Einkäufe im Bereich der Nukleartechnologie getätigt hatte, für die er jedoch bis heute weder Erlöse noch die bestellten und zugesicherten Produkte erhalten hat. Hier sind wohl noch einige Rechnungen offen, denen die Europäer nicht nachkommen.

Wir haben vereinbart, den Kontakt aufrecht zu halten und schriftlich weitere Fragen und Argumente auszutauschen.

Raphael Rosenhagen ●

Atomtests zerstör(t)en Leben im Pazifik

1. März 1954 – Der achte Geburtstag der kleinen Lijon Eknilang auf der Südseeinsel Rongelap. 1. März 1954 – Testexplosion der Wasserstoffbombe „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll.

Niemand wusste, was der grelle Lichtblitz und der ohrenbetäubende Knall zu bedeuten hatte, der die Bewohner der Südseeinsel Rongelap am Morgen des 1. März 1954 weckte. Manche sagten, ein Weltkrieg hätte begonnen. So begannen die Erwachsenen Vorräte anzulegen, während Lijon Eknilang mit ihren Freunden in einer Art grauem Puder spielte, dass plötzlich vom Himmel fiel.

„Wir Kinder spielten in dem Pulver, das machte Spaß. Wir wussten ja nicht, dass es kein Schnee, sondern radioaktiver Niederschlag war.“

Doch die Freude an dem neuen Spielzeug hielt nicht lange an: Am Nachmittag wurde es Lijon Eknilang schlecht und sie hatte starke Kopfschmerzen. Ihren Freunden und den Erwachsenen ging es genauso. Am Abend wurde es noch schlimmer: Brandwunden breiteten sich auf der Haut der Menschen aus und viele verloren ihre Haare.

Der „Bravo“-Test am 1.3.1954 war der größte in einer ganzen Reihe von Atomtests auf dem Bikini-Atoll. Vier Tage nach dem ersten Test dort 1946 benannte der Pariser Modeschöpfer Louis Réard seinen freizügigen Zweiteiler nach dem geschundenen Atoll, um damit ein weiteres „Tabu“ zu brechen.

Atomtest im Pazifik. Foto: www.wikipedia.de



Die US-Regierung versuchte die Folgen des „Bravo“-Tests zu verheimlichen. Die Sprengkraft des Tests war falsch vorausgerechnet worden: Sie war doppelt so hoch wie geplant. Lijon Eknilang und die anderen Bewohner der Insel Rongelap wurden erst drei Tage nach der Explosion evakuiert.



Lijon Eknilang vom Atoll Rongelap, Marshall Islands.

Foto: Pazifik-Netzwerk

Drei Jahre später bereits kehrten sie zurück, doch zu welchem Preis: Der Boden, das Wasser, das Leben auf Rongelap war verseucht. Die damals 11-jährige Lijon Eknilang erinnert sich, wie sie beim Verzehr von Früchten Bläschen am Mund und Magenschmerzen bekam. Einige Pflanzenarten trugen gar keine Früchte mehr, viele Menschen konnten keine Kinder mehr bekommen, viele Menschen starben früh.

„Unser Land ist die Erinnerung an jene, die wir verloren haben, ihre Geister leben im Boden. Unser Land ist alles, und es ist durch die US-Regierung zerstört.“

Lijon Eknilang hatte selbst sieben Fehlgeburten. Nun setzt sie sich dafür ein, dass keine anderen Unschuldigen solche Erfahrungen machen müssen wie sie, ihre Familie und ihre Freunde. Sie möchte den Menschen zeigen, was sie durchmachen musste. Unter anderem sprach sie dafür beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor. Das Schicksal der Insel Rongelap kann sie nicht mehr verändern, aber vielleicht das Schicksal von Insel Erde.

Philipp Kramer ●

Quellen: http://www.earthisland.org/EIJOURNAL/new_articles.cfm?articleID=391&journalID=59
<http://www.pazifik-infostelle.org/news/39834.html>

Ideen für die weitere Arbeit

Auf Grundlage der in Wien gewonnenen Informationen haben wir am Ende der Reise eine vorläufige Ideenliste für weitere Aktionen erstellt. Die NPT-PrepCom 2007 wird in Wien stattfinden. Hierfür haben wir einige Aktionsideen gesammelt, so zum Beispiel ein „Friedenscamp“, eine Aktions-Rad- und Kanu-Tour nach Wien, die Idee symbolisch das Peaceboat an den Unterlauf der Donau zu bringen, eine „nukleare“ Luftballon-Aktion und den Diplomaten symbolisch „Nuklearbällchen“ zu servieren. Ein Symposium zum Thema technischer Möglichkeiten von erneuerbaren Energien mit einer Delegation aus Freiburg und dessen Partnerstadt Isfahan (Iran) könnte ein wertvoller inhaltlicher Beitrag sein.

Raphael Rosenhagen ●

Filmübersetzungsprojekt bei Schülertagen

Bei den Schülertagen am Gymnasium Renningen übersetzten am 10. April Schülerinnen und Schüler den Kurzfilm „Genie in a Bottle – Unleashed“.

Der Film über den „nuklearen Flaschengeist“ und Hiroshima stammt von zwei 13-Jährigen aus der Gegend von Chicago. Die Übersetzung soll nun als Untertitel in den Film eingebaut werden (Spenden für das Projekt willkommen!). Wie BANG – Mitstreiter Giorgio in Italien uns vorgemacht hat, wollen auch wir in Deutschland den Film in Schulen und Jugendgruppen verbreiten. **jk ●**



99 Luftballons in Napoli

(Foto: IPPNW students)

Studierenden-Kongress der IPPNW in Neapel BANG Youth Network vernetzt sich weiter

Giorgio aus Italien und Julia aus Deutschland waren als ReferentInnen des europäischen Jugendnetzwerks für die Abrüstung der Atomwaffen, kurz BANG, zum europäischen Studierenden-Kongress der IPPNW eingeladen. Dort konnten sie neben einem Workshop und dem „Genie-Film“ (Film s.o.) eine gemeinsame Aktion einbringen: „99 red balloons“, nach Nena's Song „99 Luftballons“, ließen die TeilnehmerInnen von IPPNW und BANG gemeinsam steigen, als positives Gegenstück zur Target X – Aktion (www.ippnw-students.org/Target/index.html), bei der PassantInnen mit den Auswirkungen einer Atomwaffenexplosion über ihrer Stadt konfrontiert werden.

Die MedizinstudentInnen aus ganz Europa und die BANG-Mitglieder waren sich einig, dass sie ihre Aktionsideen sowohl im Internet als auch ganz praktisch weiter vernetzen wollen. Außerdem diskutierten die StudentInnen über mögliche Aktionen, um die Modernisierung des britischen Atomwaffenprogrammes „Trident“ zu stoppen. Diese Entscheidung soll womöglich bald fallen (s.S.3). Es ist also dringend an der Zeit, gemeinsam zu handeln! **jk ●**



„Gewaltfreiheit globalisieren“ Konferenz: 23.–27. Juli,

Schloss Eringerfeld, Paderborn

Willst du die Globalisierung besser verstehen? Willst du mehr gegen Kriege tun? Willst du auch gewaltfrei aktiv sein? Die Konferenz „Gewaltfreiheit globalisieren“ der War Resisters International (WRI) wird eine großartige Gelegenheit sein, Aktive aus der ganzen Welt zu treffen, ihre jeweiligen Hintergründe kennen zu lernen und so zu verstehen, wie wir gemeinsam eine andere Welt möglich machen können.

Auf der ganzen Welt entwickelt sich eine „Bewegung der Bewegungen“. Sie will die Sichtweisen und Werte der Weltbevölkerung denen der Konzerne, Institutionen und Regierungen entgegensetzen – auch in Anti-Kriegs-Aktionen.

Es ist eine „Globalisierung von unten“. Weitere Infos: <http://www.gewaltfreiheitglobalisieren.org/>

Friedensritt: 21.–30. Juli von Paderborn nach Herford

Die WRI-Konferenz nehmen die Friedensreiter zum Anlass, den diesjährigen Ritt rund um dieses Thema und rund um Paderborn zu gestalten.

Wer mitmachen will, ist herzlich eingeladen. Die Friedensreiter suchen noch Menschen, Gruppen, Initiativen, die sie während der Tour begleiten oder eine gemeinsame Aktion durchführen wollen. Friedensritt, das heißt mit guten Argumenten, Musik, Theater, Spaß, Ernst und Ausdauer für ein Europa und eine Welt des Friedens zu (st)reiten. Weitere Infos: <http://www.dosto.de/ajl/friripage/friri06.htm>

Dauerblockade ab 1. Oktober am Atom-U-Boot-Hafen Faslane in Schottland

Unter dem Motto „Faslane 365“ wollen britische Friedensgruppen für ein Jahr den Atomwaffenstandort Faslane schließen. Sie wollen damit den Widerstand gegen die dort auf U-Booten stationierten Trident-Atomraketen steigern.

Es gibt dort seit 1983 ein permanentes Friedenscamp. Wenn sich 100 Gruppen gemeldet haben, die sich verpflichten, für zwei Tage nach Schottland zu kommen und gewaltfreien Widerstand zu leisten, wird die Aktion gestartet. Auch wir in Deutschland sind zur Beteiligung aufgerufen.

Wer Interesse hat, soll sich in der Pressehütte melden. Weitere Infos: www.faslane365.org und in der Pressehütte Mutlangen ●

Deutsche atomare Waffenversuche

Verheimlicht – Verdrängt – Vertuscht

Dass Wissenschaftler auch heute in Deutschland an der Atombombe forschen, wird offiziell verneint. Dennoch gibt es ernst zu nehmende Hinweise auf solche Forschungen. Der deutsche Atomphysiker Kurt Diebner ist vermutlich das Bindeglied zwischen der Testexplosion in Ohrdruf kurz vor Kriegsende und den Leukämiefällen in der Elbmarsch heute.

In den späten Jahren des III. Reiches gab es mehrere Gruppen von Wissenschaftlern und Technikern, die sich mit der Entwicklung einer Atombombe befassten. Es existiert reichlich Literatur von und über Werner Heisenberg und Carl-Friedrich von Weizsäcker, nur sehr spärlich aber sind die Informationen über die konkurrierende Gruppe im Heereswaffenamt unter Kurt Diebner. Das ist erstaunlich, weil Diebner und nicht Heisenberg den technischen Durchbruch noch kurz vor Kriegsende geschafft hat. Es kam zu ersten Atomwaffentests. Der wichtigste fand wenige Wochen vor Kriegsende am 4. März 1945 auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf, südlich von Erfurt, statt.

Was geschah in Ohrdruf?

Heinz Wachsmut war nach einer Haftstrafe zum Zwangsdienst verpflichtet. Er arbeitete in einer internationalen Gruppe von zwangsverpflichteten Technikern. Er berichtet: „Am Waldrand sahen wir schon einige Haufen von Menschenleichen, die wohl ehemalige Häftlinge waren. Die Menschen hatten alle absolut keine Haare mehr, teils fehlten Kleidungsstücke, sie hatten aber auch zum Teil Hautblasen, Feuerblasen, nacktes rohes Fleisch, teilweise waren einige Teile nicht mehr vorhanden. SS und Häftlinge brachten die Leichen an. Als wir die ersten sechs Holzhaufen fertig hatten, wurden die Leichen darauf gelegt, je Haufen ca. 50 Stück, und Feuer gelegt. Wir wurden zurückgefahren. Im Gut mussten wir den Schutz und unsere gesamte Kleidung ausziehen. Diese wurde ebenfalls sofort von der SS angezündet. (...)“

Ein hoher SS-Mann sagte mir, es habe da oben eine große Stichflamme gegeben gestern, man hat etwas Neues gemacht, davon wird die ganze Welt sprechen, und wir Deutschen sind die ersten. Leider sei dabei einiges nicht so gelaufen wie geplant und einige Nichtsnutze habe man weniger.“

Haben wir nicht Gründe genug, traurig an diesen Vorfall zu erinnern? Aus der Anzahl der Scheiterhaufen kann man grob die Anzahl der Häftlinge abschätzen: mehrere hundert. Sie sind mit einiger Sicherheit die ersten Opfer einer Atombombe überhaupt. Nach einer Gedenktafel etwa oder irgendeinem offiziellen Hinweis auf den 4. März 1945 sucht man aber vergebens. Gibt es noch Spuren dieses mörderischen Tests?

Der Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch hat nach solchen Spuren gesucht. Von ihm stammt das jüngste Buch über „Hitlers Bombe“. Es gibt nicht nur den Krater, den die Testexplosion hinterlassen hat, es gibt sogar den Nachweis von Radionukliden im Boden dieser Stelle.



Der Physiker Sebastian Pflugbeil ist ein unbequemer Forscher und Frager. Die Nuklearpolitik kritisierte er einst in der DDR und heute im wiedervereinigten Deutschland. Ungereimtheiten lassen ihm keine Ruhe: ein Atomwaffenversuch am Ende des III Reiches, Hinweise auf Atomwaffenforschung in der Bundesrepublik und eine Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Er will Verheimlichungen und Vertuschungen durchbrechen und das Verdrängen beenden.

Karlsch ist es gelungen, in Moskau Berichte des russischen Geheimdienstes auszugraben, in denen über den 4. März 1945 berichtet wird. Der russische Vater der Atombombe – Kurtschatow – hat sich damit beschäftigt und Stalin informiert. Die Berichte passen sehr gut zu obigem Augenzeugenbericht.

Nach Kriegsende haben zunächst die Amerikaner, etwas später die Russen alles, was sich irgendwie bewegen ließ – Unterlagen, Geräte, Menschen – gezielt gesucht und in die USA bzw. nach Russland abtransportiert. Große Teile dieser Unterlagen sind noch heute unter Verschluss, so dass es einiger detektivischer Energie bedarf, zu rekonstruieren, was da am 4. März genau gezündet wurde.

Woran forschte Diebner?

Diebner hat nach dem Krieg 1955 in Norddeutschland die Gründung der „Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt“ betrieben. Er publizierte 1962 in der Fachzeitschrift „Kern-technik“ einen Artikel „Fusionsprozesse mit Hilfe konvergenter Stoßwellen – einige ältere und neuere Versuche und Überlegungen“.

Er beschreibt hinter vorgehaltener Hand, aber unmissverständlich, welche zweifellos physikalisch-technisch pfiffigen Überlegungen hinter der Explosion am 4. März 1945 standen. Die Bombe kommt natürlich nicht direkt vor. Diebner spricht aber von unterirdischen Explosionen und Großraumsprengungen z.B. für den Hafenausbau.

Daraus ergibt sich: die Atombombe, die am

4. März 1945 mehrere hundert KZ-Häftlinge auf schreckliche Weise umgebracht hat, funktionierte nach einem Prinzip, das unter Führung Diebners entwickelt und zehn Jahre später von demselben in der neuen nordwestdeutschen Kernphysik angesiedelt wurde: die Fusion leichter Elemente durch eine nukleare Hohlladung.

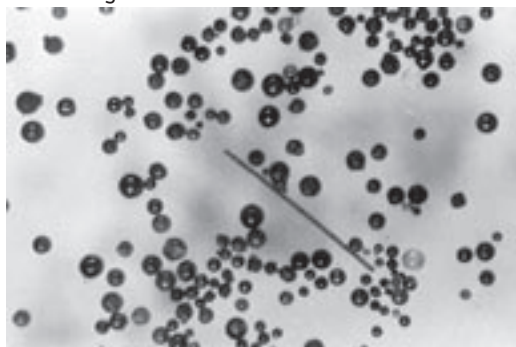
Was passierte in der Elbmarsch?

Dieses Prinzip steckt schließlich hinter den „Kügelchen“ die wir in der Elbmarsch finden. Die PAC-Kügelchen (PAC steht für die radioaktiven Substanzen Plutonium, Americium und Curium) bestehen aus einer harten Hohlkugel, die im Inneren kleine Mengen unterschiedlicher Radionuklide enthält. Dort wo sie in den Gärten herumliegen, sind Kinder an Leukämie erkrankt.

Nicht weit von Hamburg, stromaufwärts an der Elbe bei Geesthacht, ist die weltweit höchste Rate von Leukämie bei Kindern zu beklagen. Der Anstieg erfolgte sehr auffällig plötzlich im Jahre 1990 und hält bis heute an.

Die meisten Leukämiefälle gibt es am Südufer der Elbe in einer dünn besiedelten ländlichen Region, eben der so genannten Elbmarsch, gegenüber am Nordufer stehen das große Kernkraftwerk Krümmel und dicht daneben das Forschungszentrum mit der etwas verwirrenden Abkürzung GKSS (Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt). Es gibt eine lange Reihe von Indizien dafür, dass vom KKW Krümmel, wahrscheinlich aber stärker noch von der GKSS Radionuklide in die Umwelt gelangt sind, die ursächlich mit den Leukämieerkrankungen zu tun haben. Bezüglich der GKSS besteht der Verdacht, dass dort zumindest auch militärisch interessante Spiele gespielt wurden.

Die PAC-Kügelchen können wegen ihrer Zusammensetzung nicht bei der Stromerzeugung in einem Atomkraftwerk entstanden sein. Wohl aber bei Forschungen mit schnellen Neutronen oder bei der so genannten Hybridtechnik, bei der die Kernfusion und die Kernspaltung zur Energiefreisetzung kombiniert werden. Ein Unfall beim illegalen Experimentieren mit atomaren »Mikroexplosionen« im Forschungszentrum GKSS könnte den mysteriösen Brand von 1986 ausgelöst haben und für die vielen Leukämiefälle im Umkreis um das AKW und das Forschungszentrum verantwortlich sein.



Die Unterlagen dazu sind wohl später vernichtet worden. Man kann also vermuten, dass es bei solchen illegalen Experimenten einen Zwischenfall gegeben hat, der unter allen Umständen vertuscht werden musste, um die Bundesrepublik nicht dem Verdacht auszusetzen, den Atomwaffensperrvertrag gebrochen zu

haben. Der Münchner Strahlenmediziner Edmund Lengfelder, der der schleswig-holsteinischen Leukämie-Kommission angehörte, die unter Protest wegen Arbeitsbehinderungen zurücktrat, behauptete, solche Kügelchen könne man benutzen, um damit nukleare Mini-Explosionen herbeizuführen.

Die Verbindung der schrecklichen Testexplosion am 4. März 1945 mit den Leukämiekindern in der Elbmarsch bedarf größter Aufmerksamkeit - nicht nur aus historischem Interesse.

Viele Fragen bleiben offen

Weshalb wurde die Testexplosion vom 4. März 1945 fast 60 Jahre lang von den eigentlich für solche Fragen zuständigen Historikern unterschlagen? Weshalb haben die Konkurrenten von Diebner - die berühmten Professoren Heisenberg und Weizsäcker in ihren zahlreichen Schriften dieses Kapitel übersprungen? Weshalb hat Diebner die Göttinger Erklärung der Atomwissenschaftler von 1957 nicht unterzeichnet? Weshalb wurde 1990 das bis dahin strikte Verbot von Atomwaffen in Deutschland im §16 des Kriegswaffenkontrollgesetzes fast vollständig aufgehoben? Weshalb ist es unseren Nachbarn in Europa offensichtlich gleichgültig, dass Deutschland sich seit 15 Jahren - wieder - gestattet, an Atomwaffen zu arbeiten? Das sind Fragen, denen sich Friedensforscher und Friedensbewegte stellen müssen.

Sebastian Pflugbeil ●

Seit dem Ende der 1990er Jahre wird die Möglichkeit der Existenz einer deutschen Atombombe kontrovers diskutiert. Die dargelegten Indizien lassen sich noch nicht abschließend bewerten.

1. Edgar Mayer, Thomas Mehner, „Geheime Reichssache: Thüringen und die deutsche Atombombe“, Kopp-Verlag, Rottenburg
2. Edgar Mayer, Thomas Mehner „Die Atombombe und das Dritte Reich“, Kopp-Verlag, Rottenburg
3. Rainer Karlsch, „Hitlers Bombe - Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche“, Deutsche Verlags-Anstalt, München
4. Detlef zum Winkel: „Absolut skrupellose Leute“; Konkret 5(2006) S. 18-22.



Bennett Rambert

ist Direktor der Nichtregierungsorganisation „The Committee to Bridge the Gap“ (Das Komitee zur Überbrückung des Abgrundes).

Er schrieb bereits 1980 das Buch: Nuclear Power Plants as Weapons for the Enemy: An Unrecognized Military Peril (AKW's als Waffen für die Feinde: Eine unbemerkte Gefahr)

Terror gegen AKWs

Spätestens seit dem Tschernobyl-Unfall weiß man, dass ein AKW zur Atombombe werden kann. Die Menge des freigesetzten radioaktiven Cäsiums von Tschernobyl wurde mit 300–1000 Hiroshima-Bomben verglichen, je nachdem wie viel vom Reaktorbrennstoff durch die Explosion in die Umwelt gelangt sein soll.

Als Ian Fairlie auf der 20 Jahre Tschernobyl-Konferenz in Kiew die TORCH-Studie vorstellte (siehe S. 12+13), warnte er vor möglichen islamistischen Terroranschlägen auf AKWs. Die Geschichte zeigt uns, dass die USA bis heute das erste und einzige Land sind, welches mit Absicht einen sich im Betrieb befindlichen Atomreaktor bombardiert hat.

Am 17. Januar 1991 zerstörte das US-Militär den russischen Tuwaitha Forschungsreaktor im Irak, gerade mal 10 km außerhalb von Bagdad. Der damalige stellvertretende Generaldirektor der internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA), Herr Zifferero, sieht es als absolutes Glück an, dass der Reaktorkern bei der Bombardierung nicht getroffen wurde.

Israel bombardierte 1981 einen französischen Reaktor im Irak, der sich aber noch in der Konstruktionsphase befand.

Auf die Frage, ob ein Bombenangriff auf AKWs beim NPT schon einmal zum Thema gemacht wurde, antwortete US-Admiral Carroll verneinend, da solch ein Bombenangriff „nicht in die Waffendiskussion eingeführt wurde.“

Demgegenüber behauptet Bennett Rambert, dass bereits während der dritten NPT-Überprüfungskonferenz die Iraker und Iraner dieses Thema angesprochen hätten und damit die Konferenz beinahe zum Scheitern brachten. Das US-Verteidigungsministerium akzeptiert keinerlei Einschränkung hinsichtlich seiner Angriffsziele. Heute wäre ein Angriff mit oder ohne nukleare oder uranhaltige, erd eindringende Raketen, z.B. auf

die iranische Urananreicherungsanlage eine totale Katastrophe für die gesamte Region inklusive Israel.

Ein weiterer Grund, einen Irankrieg auf jeden Fall zu verhindern. mk ●

US- Folderschule Ford Benning

Wenn vom „Krieg gegen den Terror“ die Rede ist, wird fast immer verschwiegen, dass die USA selbst Terrorgruppen finanzieren und ausbilden. In Ford Benning – bekannt auch als School of the Americans – wird gelehrt, wie man foltert und mordet.

Nachweislich sind viele Menschenrechtsverletzungen in Süd- und Mittelamerika von früheren Absolventen begangen worden. Aber auch die Gefängniswärter der 600 Gefangenen aus über 40 Ländern in Guantanamo werden dort trainiert. Spuren aus Fort Benning lassen sich im weltweiten Netzwerk der US-Stützpunkte entdecken, das auch von der CIA benutzt wird, um Terrorverdächtige zu entführen, zu foltern oder gar zu töten. Ziele sind dabei auch so genannte „schwarze Standorte“ in Polen und Rumänien. Über Aviano in Italien sowie Ramstein und Frankfurt/Main in Deutschland werden Terrorismus-Beschuldigte in andere Länder transportiert. Alleine von 2002 bis 2004 fanden über die Frankfurt-Rhein-Main-Airbase 85 Flüge der CIA statt.

Jedes Jahr im November versammeln sich Tausende von US-Aktivist*innen vor Fort Benning aus Anlass der Ermordung von vier jesuitischen Priestern, ihrer Hausangestellten und deren Tochter am 16. November 1989 in El Salvador. Sie gedenken dieser und aller anderen Opfer, die von Absolventen aus Ford Benning gefoltert und hingerichtet wurden oder die sie „verschwinden“ ließen.

Im letzten November kamen 19 000 Menschen vor die Tore der Folderschule, um gegen die ungesetzlichen, menschenverachtenden Praktiken gewaltfrei zu protestieren und die Schließung der Folderschule und von Guantanamo zu fordern. Hunderte wurden festgenommen, weil sie in einem Akt Zivilen Ungehorsams mit Kreuzen und Bildern der Opfer in das Fort gingen.



NUKEWATCH Foto: mk
Koordinator John LaForge „verbüßt“ deshalb bis Oktober 2006 eine halbjährige Haftstrafe.

Wer John schreiben möchte:
John LaForge 03213-090,
FPs Duluth, PO Box 1000,
Duluth MN 55814, USA. mk ●

Gegen das Vergessen:

Tschernobyl-Konferenz in Kiew

Vom 23.-25. April trafen sich Anti-Atom-Organisationen aus der ganzen Welt in Kiew, um sich über die tatsächlichen Folgen des Tschernobyl-Unfalls ein Bild zu verschaffen. In Einem waren sich alle Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einig: die IAEA, die die Federführung bei den Forschungen der UNO-Unterorganisationen zu den Tschernobyl-Folgen hat, lügt! Wie es aber um die Glaubwürdigkeit der auf der Kiewer Konferenz vorgestellten NGO-Studien steht, wurde zumindest nach außen hin verheimlicht. Die grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms: „Es geht in diesem Moment darum, gegenüber der Öffentlichkeit Einigkeit gegen die IAEA zu zeigen!“ Die „unabhängigen“ Studien würden in ihren Ergebnissen ja gar nicht wesentlich voneinander abweichen. Gemeint sind hier die Unterschiede über die Einschätzungen der bisherigen und zukünftigen Krebstoten durch Tschernobyl: die IAEA benennt offiziell die Zahl 4000, bei genauerer Betrachtung der Studienergebnisse ergibt sich die Zahl 9000. Die von Rebecca Harms in Auftrag gegebene TORCH-Studie vom April 2006 benennt die Zahl von 30 000-60 000 und die von Greenpeace ebenfalls im April 2006 veröffentlichte Studie spricht von 90 000 möglichen Krebstoten.

Pro und Contra

Die IAEA/WHO-Tschernobyl Studie ist eine reine Schreibtischstudie. Sie berücksichtigt nicht die gemeinsamen Studien der über 200 Wissenschaftler aus Weißrussland, Russland und der Ukraine. Auch lässt sie eigens von der WHO in Auftrag gegebene Studien unberücksichtigt, wenn deren Ergebnis keinen gleich bleibenden Anstieg von Krankheiten bei gleicher radioaktiver Erhöhung vorweist. Dieser Dosisabhängigkeitseffekt wurde jedoch international seit 1972 wiederholt widerlegt.

Die TORCH Studie ist genauso eine Schreibtischstudie, die allerdings die osteuropäischen Studien aus Mangel an Übersetzung nicht berücksichtigt haben will. Weiterer Kritikpunkt ist die geringe Zahl der anerkannten Liquidatoren von nur 240 000, während heute von mindestens 800 000 bis 900 000 ausgegangen wird („Gesundheit der Liquidatoren“, Nov. 2005, Konferenz der Ärzte für Soziale Verantwortung und IPPNW Schweiz). Selbst unser Umweltministerium spricht von offiziell 600 000 Liquidatoren.

Greenpeace hat in seiner Studie die Arbeiten der osteuropäischen Wissenschaftler veröffentlicht. Hierüber ist der Autor Prof. Yablokov, Mitglied der Grünen Partei und der Russischen Akademie der Wissenschaften aus Moskau, sehr dankbar. Er kritisiert allerdings, dass Greenpeace ohne ihn zu fragen seine Einleitung gekürzt und die Opferzahlen sehr stark heruntergeschraubt hat. Er sowie weitere Wissenschaftler gehen von 1-2 Millionen Krebstoten durch den Tschernobyl-Unfall aus. Yablokov sagte hierzu, Greenpeace International hätte auf seinen Einwand geantwortet, seine Berechnungsmethode sei politisch und nicht wissenschaftlich.



Prof. Yablokov, Foto mk

Yablokov wie auch andere Wissenschaftler erklären, die von der IAEA / WHO / UNSCEAR 1950 bis 1960 in der „Atombombenstudie“ entwickelte Berechnungsmethode zu radioaktiven Risiken sei unhaltbar, da unvollständige und beeinflusste Daten aus Hiroshima und Nagasaki verwendet wurden:

- es fehlen die Daten von 1945-49 von den Hibakushas und den koreanischen Gefangenen (unter US Geheimhaltung)
- als „gesunde“ Kontrollgruppe (Belastung unter 10 mSv) wurden Menschen 2 km vom Explosionszentrum in Nagasaki oder 1,6 km in Hiroshima ausgewählt, die jedoch dem „schwarzen Regen“ ausgesetzt waren, so dass die Unterschiede gering ausfielen
- als Risikofaktoren werden nur äußere Einwirkungen hoher und schneller Strahlendosen gewertet, also nur der Augenblick der eigentlichen Atombombenexplosion betrachtet.
- Die „Atombombenstudie“ sagt nichts über die innere radioaktive Verseuchung mit Radionukliden, die z. B. in Knochen und Organen eingelagert werden und für eine lang anhaltende chronische Bestrahlung des umgebenden Gewebes sorgen.

Greenpeace International gab zum 20. Tschernobyl-Gedenktag eine weitere Studie bei dem renommierten Wissenschaftler John Large in Auftrag. Er ist beratender Ingenieur und Mitglied der britischen „Nuclear Engineering Society“. Zwei Monate beriet er sich dieses Jahr in der Ukraine vor Ort mit den Wissenschaftlern der betroffenen Regionen. Offiziell wurden 4% des Reaktorbrennstoffes durch die Explosion in die Umwelt geschleudert. John Large stellte fest, dass eine wesentlich höhere radioaktive Belastung der Bevölkerung stattgefunden hat, als nach dieser Zahl zu erwarten wäre. Large schätzt demgegenüber 60% Auswurf und der russische Wissenschaftler, der das Innere des Reaktors vielfach untersucht hat, schätzt 96%. Da hiernach eine höhere Opferzahl zu erwarten ist, ergäbe sich ein Widerspruch zur bisherigen Greenpeace-Studie. Dieser Widerspruch soll vermieden werden, weshalb die Studie von John Large nicht offiziell veröffentlicht werden soll. Mit folgendem direkten Link kann sie jedoch auf der Greenpeace Webseite gefunden werden: www.greenpeace.org/international/press/reports/chernobyl-a-nuclear-catastro

Statistischer Betrug

Als ein großer statistischer Betrug wird die Tatsache gesehen, dass die vorgegebenen Studien der IAEA/WHO mit Kontrollgruppen der sogenannten sauberen Zonen der jeweiligen Länder arbeiten. Aus diesen Ländern kann es aber keine sauberen Kontrollgruppen geben, da radioaktiv verseuchte Lebensmittel aus den hoch verstrahlten Gebieten in unverstrahlte oder weniger verstrahlte Gebiete exportiert wurden. Auch wurden verstrahlte Lebensmittel mit weniger verstrahlten vermischt. Dies fand unter strenger Geheimhaltung der damaligen Sowjetunion statt („The Forbidden Truth“ von Alla Yaroshinskaya). Eine genaue Recherche ist hierzu heute unmöglich. Stattdessen müssten die Statistiken der Krankheiten aus der Zeit vor dem Tschernobyl-Unglück (1986) mit den Zahlen der Jahre danach verglichen werden. Aber auch hier ist es die IAEA, die bestimmt, wie Studien durchgeführt werden müssen. Kritisiert wurde von Prof. Yablokov u. a. auch, dass nur die Verbreitung des radioaktiven Cäsiums gemessen und angegeben wird, es aber Gebiete gibt, die wesentlich stärker durch Strontium 90 oder gar Plutonium etc. verstrahlt sind. Zudem haben die Cäsium-Messungen in der Regel in Abständen von 2 km stattgefunden. Das Wetter hat jedoch die radioaktiven Isotope sehr unterschiedlich verteilt, so dass wenige Meter Abstand bereits große Strahlenunterschiede ergeben können. Die radioaktive Belastung der Menschen ist daher selbst in der gleichen Region individuell sehr unterschiedlich. Prof. Michel Fernex kritisierte, dass die Studien zum Einen heute nur eine Vorahnung dessen sein können, was an Krebserkrankungen in Zukunft auf uns zukommen wird, da die Latenzzeit der meisten Krebserkrankungen 10, 20, 30 Jahre und mehr beträgt. Dieses wurde in den offiziellen Studien bewusst nicht berücksichtigt. Er wehrt sich zum anderen dagegen, dass nur auf die Krebserkrankungen geschaut wird, da die meisten Erkrankungen somit keine Beachtung finden. So untersuchte z.B. Prof. Nesterenko in einem betroffenen Dorf 200 km von Tschernobyl entfernt die Kinder. Er stellte bei 23 % Grauen Star oder eine Sehschwäche fest, 84 % der Kinder leiden an Infarktanfälligkeit und 80 % haben entweder eine Magenschleimhautentzündung oder schon ein Magengeschwür. Die Magenschleimhaut der 15-Jährigen sei so sehr angegriffen wie sonst nur bei 70-Jährigen. Der Organismus verbrauche sich sehr schnell.

John Large, Foto mk



Mit Spenden helfen

Die Jugendumweltorganisation Janun sammelt Spenden unter dem Stichwort: Tschernobyl- Kinderhilfe, wo Patenschaften von Kindern für Mess- und Ausleitkurven der radioaktiven Stoffe übernommen werden können.

Das unabhängige weißrussische BELRAD Institut hilft heute den Kindern von Tschernobyl ihre Strahlenbelastung zu verringern. JANUN e.V. arbeitet seit 1996 mit dem Leiter Prof. Nesterenko zusammen, der auch deutsche Schulen, die eine Patenschaft übernommen haben, einmal im Jahr besucht, um zu berichten.

- 25 Euro kostet es, eine Messstelle eine Woche lang zu betreiben.
- Einem Kind ein Jahr eine Pektinkur zu ermöglichen, ist schon ab 37 Euro möglich.

Spendenkonto:

JANUN e.V.

SPARDA-Bank Hannover eG

BLZ 250 905 00

Kontonr. 19 22 815

Stichwort: Tschernobyl-Kinderhilfe

Weitere Infos unter:

www.ostwestbruecke.de, Kontakt:

Achim Riemann, Tel:0511-5909190

Unmut gegenüber den Studien renommierter NGOs

Warum gerade Greenpeace International und die Grünen im Europaparlament gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung die Auswirkungen des Tschernobyl-Unglücks so herunterspielen, konnte nicht wirklich geklärt werden. Ausgerechnet Ian Fairlie, der bei dem britischen Komitee zur Untersuchung radioaktiver Risiken durch interne Strahlung (CERRIE) sehr umstritten war (FreiRaum berichtete Sept.04), wurde als Autor für die TORCH Studie erwählt. Einige NGOs wollen sich anscheinend mehr auf der konservativen Seite platzieren, um als Verhandlungspartner in Parlamenten etc. akzeptierter zu sein. Dave Kraft, Direktor von NEIS (Nuclear Energy Information Service, Chicago, USA) sieht allerdings eine Gefahr darin: „Wenn das tatsächliche Unglücksmaß öffentlich nicht wahrgenommen wird, wird die Atomindustrie weitermachen wie bisher. Diese geringeren Opferzahlen könnten bei vielen Menschen bewirken, dass sie ein AKW-Unglück aus der Ferne betrachtet eben doch für ein kalkulierbares Risiko halten, welches für unseren Wohlstand hinzunehmen sei – ähnlich wie es heute bei den täglichen Verkehrstoten der Fall ist. Dieser Irrtum darf aber nicht geschehen.“

mk ●

9.-14. August 2006: Sommeraktionstage für eine FREIE HEIDE!

Wo übt die Bundeswehr eigentlich den Atomkrieg? Bisher müssen die Piloten des Jagdbombergeschwaders 33 dafür den Weg nach Kanada oder Alaska antreten. Die Bundeswehr will Abhilfe schaffen: Das ehemalige sowjetische Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide soll auch für die Tornados aus Büchel zum Übungsplatz werden. Das geht aus einem Eilantrag hervor, mit dem das BMV vor dem Verwaltungsgericht die Möglichkeit zur sofortigen Nutzung des Platzes verlangt (siehe dazu www.sichelschmiede.org/Aktuelles). Ein Grund mehr also, um nach dem Motto „Nicht hier und nirgendwo“ die Inbetriebnahme des Bombenabwurfplatzes zu verhindern! Bei den diesjährigen Sommeraktionstagen wird es wieder vielfältige kleine und große Aktionen geben, dazu Aktionstrainings und Workshops sowie Campleben auf einem wunderschönen Naturcampingplatz am Dranser See. Inhaltlicher Schwerpunkt ist dieses Jahr die Weiterentwicklung der Kampagne „Bomben nein - wir gehen rein“, auch im Blick auf das bevorstehende G8-Treffen. Im Rahmen der Aktionstage ist eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Globalisierung und Krieg“ geplant.

Infos und Anmeldung: Gruppe Freie Heide Neuruppin-Berlin, Tel. 03391-3256 (Di 17h30-19h00), www.freieheide-nb.de rb ●

Internet-Infos und -aktionen zum Thema Iran-Konflikt

Internetportal „Kein Irankrieg!“

☞ mit Email-Aktion und Hintergrundinfos von campact, DFG-VK, Friedenskoooperative, attac u.a.:

www.campact.de/iran/home

☞ Analyse des Iran-Konflikts von Clemens Ronnefeldt (AGDF/Internationaler Versöhnungsbund)

– Akteure, Interessen und Wege aus der Eskalation: www.friedenskoooperative.de/agdf-iran-studie.pdf

☞ Iran-Apell der IPPNW an alle beteiligten Regierungen: www.ippnw.de/index.php?s,1/o,form,20/

☞ Email-Aufruf von Greenpeace an europäische NATO-Verteidigungsminister, ihr Land nicht als Atomwaffenbasis für einen Iranangriff zur Verfügung zu stellen: <http://www.greenpeace.org/international/news/don-t-nuke-iran>

Internetseite der „Nirgendwo“-Aktion gegen Krieg und Heuchelei, die vom 16.-18. Juni bei der Urananreicherungsanlage Gronau stattfindet:

<http://nirgendwo.info/> jk ●

Fremde Militärstützpunkte in Deutschland

Heute benutzt das US-Militär 72 Orte in Deutschland mit etwa 68.000 US-Soldaten. Die britischen Truppen nutzen 5 Orte und haben 25.000 Soldaten. Die Funktionsfähigkeit dieser US-Militärstützpunkte kostet jährlich 7 Mrd. US-Dollar. Deutschland gibt den USA dafür 1,89 Mrd. (27 %). Deutschland ist also immer noch ein besetztes Land. Die US- und die britischen Truppen haben Deutschland nach 1945 nie verlassen. Mehr als 60 % der US-Truppen in Europa sind hier stationiert. Ramstein ist der größte US-Luftwaffen-Stützpunkt außerhalb der USA. Grafenwöhr ist das größte auswärtige Trainingsgebiet der US-Army. Der Krieg gegen den Irak zeigte erneut die strategische Wichtigkeit der Stützpunkte in Deutschland für die Logistik und den Nachschub, der von Ramstein in den Golf gebracht wurde. Die Kampfflugzeuge starteten von Spangdahlem. Die Stützpunkte sind de facto exterritoriale Gebiete. Der US-Experte Chalmers Johnson schreibt zum Abkommen über den Status der Militärstreitkräfte, SOFA (Status of Forces Agreement): Die 703 offiziell anerkannten militärischen Enklaven im Ausland sind, obwohl sie sich strukturell, legal und konzeptionell von Kolonien unterscheiden, doch wie Mikrokolonien, da sie jeglicher Gerichtsbarkeit des okkupierten Landes entzogen sind. Die USA handeln mit ihren angeblich unabhängigen „Gastnationen“ überall ein Abkommen über den Status ihrer Streitkräfte aus. Gesetzesbrecher und Kriminelle können vom Gastland nicht strafverfolgt werden und kommen so u. U. ungeschoren davon. In diesem Bewusstsein handeln sie und machen damit die Militärstützpunkte zu einem rechtsfreien Raum. Noch schlimmer jedoch ist, dass mit der Benutzung der Militärstützpunkte sogar Völkerrecht gebrochen wird. Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat in seinem Urteil vom 21. 6. 2005 (Aktenzeichen 2 WD 12.04) festgestellt, dass der Krieg gegen den Irak völkerrechtswidrig war. Die Bundesregierung hätte die US-Soldaten gefangen nehmen müssen: Truppen von Konfliktparteien, die auf das neutrale Staatsgebiet „übertreten“, also nach Beginn des bewaffneten Konflikts in das neutrale Staatsgebiet gelangen, sind „zu internieren“ ...

Hans-Peter Richter ●

(Deutscher Friedensrat)

Der vollständiger Text ist zu

Kriegsterror der Konzerne

Zusammenfassung von Berichten Simon Haraks

„Die führenden US-Regierungsvertreter sind mit den Rüstungskonzernen eins“, erklärt Simon Harak. Das Beispiel Irak zeige deutlich, an wen und unter welchen Bedingungen Wirtschaftsaufträge vergeben werden und wie von Konzernen Wucherprofite erzielt werden. Halliburton ist einer davon. Die Besetzung des Irak ist mittlerweile nicht mehr nur eine Aufgabe der US-Armee, sondern sie wird ebenso organisiert von privaten Sicherheitsunternehmen mit 20 000 Söldnern. Die „Washington Post“ bezeichnet diese als „die größte Privatarmee der Welt“.

Die gleichen Konzerne, die Milliarden Dollars durch den Irakkrieg und die Besetzung verdienen, vergeben enorme Geldsummen an US-Regierungskandidaten und haben „Freunde in hohen Regierungspositionen“. Zudem stehen sie bereits seit vielen Jahren dem Verteidigungsministerium beratend zur Seite.



Simon Harak und Elke Koller in Büchel, Foto mk

„Händler des Todes“

Individuen, Gesellschaften und Konzerne haben schon immer einen Vorteil aus Kriegen gezogen. Seit Jahrhunderten widersetzen sich Menschen diesen Kriegsprofiteuren. Heute hat sich ihre Macht verändert. Sie treten nicht mehr erst nach Kriegsbeginn auf, sondern bevor der Krieg beginnt. In den letzten 20 Jahren haben die Kriegsprofiteure mehr und mehr Einfluss auf US-Regierungsvertreter gewonnen. Dem 1985 gegründeten verteidigungspolitischen Ausschuss gehören über 30 Vertreter der Auftragnehmer und Lieferanten aus der Militärindustrie an. Konzerne entscheiden buchstäblich, welche Waffensysteme gekauft werden sollen, in welche Länder eingefallen werden soll und welche Rohstoffe es zu erobern gilt. Dazu sagt die War Resister League: „Es stimmt heute nicht mehr, dass Konzerne Profite mit Kriegen machen, sondern sie haben bereits so viel Macht, dass sie Kriege für Profite machen.“

Simon Harak,

katholischer Priester und Professor für theologische Ethik, ist eine der bekanntesten geistlichen Persönlichkeiten der US-Friedensbewegung. Er arbeitet in New York als Koordinator für die Liga der KriegsgegnerInnen und für deren Kampagne gegen den US-Konzern Halliburton.

Die GAAA organisierte Anfang Juni eine Rundreise mit Simon Harak mit Veranstaltungen in Wetzlar, Koblenz, Trier, Hamburg und Frankfurt. Weitere Vorträge folgen vom 22.-30. Juli in Oldenburg, Karlsruhe, Mannheim, Idstein bei Wiesbaden und auf der Konferenz der War-Resister-International. Detaillierte Infos auf der Webseite: www.friedenskooperative.de/termdat.htm

Kriegsprofiteure der Bush-Regierung im Irak sind z.B.:

Alliant Technologies (ATK) (ehemals Honeywell) (produziert Uranmunition), **Halliburton** (Öl- und Gaspielines), **Kellogg, Brown & Root** (Energie, Gefängnisse, Stadien, Autobahnen, Militärbasen), **Bechtel Group Inc.** (Bauunternehmen), **MCI WorldCom** (Telekommunikation, Internet).

Beispiel Dick Cheney

Im Jahr 1992 beauftragte Dick Cheney als damaliger Verteidigungsminister einen privaten Konzern, folgende Fragen zu beantworten: Ist es ökonomisch möglich, die militärische Logistik vom Verteidigungsministerium auf private Konzerne zu übertragen? Kann ihnen die Verantwortung übertragen werden, Baracken zu bauen, Brennstoffe und Munition, Kochutensilien und Verpflegung usw. zu liefern? Natürlich sagte der private Konzern dazu „ja“. Sein Name ist Halliburton. Im selben Jahr verließ Cheney seinen Regierungsposten und wurde ohne die geringste vorherige Geschäftserfahrung Leiter dieses großen privaten Konzerns: Halliburton. Die folgenden acht Jahre wurden tausende Militärlogistik-Verträge an private Konzerne übertragen. Eintausend dieser Verträge gingen an einen einzigen Konzern: Halliburton. Im Jahr 2000 wurde Dick Cheney Vizepräsident der USA. Ein Jahr später führte die USA Krieg gegen Afghanistan. Halliburton's Profite stiegen weiter. Ca. zwei Jahre später führte die US-Regierung Krieg gegen den Irak.

Halliburton erhielt Hunderte von Verträgen, die nicht einmal öffentlich ausgeschrieben waren: im Wert von einer halben Milliarde Dollar im Jahr 2003, von drei Milliarden Dollar im Jahr 2004 und acht Milliarden Dollar im Jahr 2005. Die Anordnung 39 vom 21.9.03 über direkte ausländische Investitionen erlaubt „uneingeschränkten, 100% ausländischen Besitz und das in allen wirtschaftlichen Sektoren des Irak,“ mit Ausnahme von Öl. Profite können nach diesem Gesetz „ohne Verzögerung“ aus dem Irak abgezogen werden. Generalmajor David Petraeus erzählte einer Kongress-Delegation, dass ein US-Unternehmen einen Kostenvoranschlag von \$15 Millionen für die Reparatur einer Zementfabrik in Nordirak unterbreitete. Die tatsächlichen Kosten betragen - nachdem das Projekt den Irakis übergeben worden war - \$80.000. Solche Beispiele gibt es viele: so zeigte sich bei einem Besuch in fünf Schulen in Bagdad, die durch die Firma Bechtel und ihre Sub-Unternehmer wieder aufgebaut und eingerichtet worden sein sollten, dass es nicht genug Schreibhefte oder Tafeln gab; vier Kinder mussten sich Zweier-Tische teilen. Nicht einmal die Toiletten funktionierten. „Spend Carefully in Iraq,“

LosAngeles Times, Oct. 13, 2003 <http://www.political-posts.com/news/index.asp?id=191378> **mk** ●



Corbin Harney,

ein spiritueller Führer und Anti-Atom-Aktivist.

Corbin Harney wurde einer internationalen Gemeinde von Atomtestgegnern bekannt, weil er jede Protestaktion am Nevada Testgebiet (NTS) begleitete, wo die USA über 1000 Atomtest gezündet haben. Mit seinen Zeremonien und Ansprachen fokussiert er die Gedanken seiner Zuhörer auf das, worauf es bei diesem Kampf ankommt: Respekt für das Land, das Wasser, die Luft – die Elemente, von denen unser Leben abhängt.

Corbin Harney gilt als einer der großen indianischen Lehrer und Führer der Gegenwart. Er ist nicht nur in allen Regionen der USA ein begehrter Sprecher, er war bei der UNO, in Europa, beim Atomtestgebiet Semipalatinsk in Kasachstan und vor kurzem in Japan, wo er an einer Konferenz über Atombomben teilgenommen und sich mit den Opfern von Hiroshima und Nagasaki getroffen hat. Im Jahr 2003 erhielt er den „Nuclear Free Future Award“.

Er steht im Mittelpunkt des mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilms „Tresspassing“ (Tresspassing bedeutet das Überschreiten von Grenzen, etwa bei gewaltfreien Aktionen, wenn das Atomtestgebiet „unerlaubt“ betreten wird).

Corbin ist kein einsamer Rufer in der Wüste, im Gegenteil, er hat prominente Mitstreiter, auch unter seinen eigenen Leuten. Dazu gehört die traditionelle Stammesregierung der Western Shoshone, die ihr Land zur nuklearfreien Zone erklärt hat, aber auch Carrie Dann, die gemeinsam mit ihrer Schwester Mary den Alternativen Nobelpreis und viele andere Auszeichnungen erhalten hat, für ihren Kampf um indianische Rechte und den Schutz des Landes vor Zerstörung.

Corbin ist Gründer und Direktor des „Shundahai Network“ (Shundahai heisst soviel wie: Friede und Harmonie mit der Schöpfung), das die Aktivitäten von Anti-Atomgruppen und indianischen Nationen koordiniert, von denen viele durch atomare Projekte gefährdet sind

Corbin ist Gründer und Direktor des „Shundahai Network“ (Shundahai heisst soviel wie: Friede und Harmonie mit der Schöpfung), das die Aktivitäten von Anti-Atomgruppen und indianischen Nationen koordiniert, von denen viele durch atomare Projekte gefährdet sind

Zu seinen Hauptzielen gehört:

- Die Anerkennung des Western Shoshone Territoriums als nuklearfreie Zone
- Langfristig: Totale atomare Abrüstung und Schließung des Nevada Testgeländes.

Die Western Shoshone haben eine lange Geschichte des Kampfes nicht nur gegen Atomtests, sondern auch gegen das nukleare Endlager Yucca Mountain. Obwohl der Gebirgszug aufgrund seismischer Aktivitäten von Wissenschaftlern als unsicherer Standort betrachtet wird, sollen dort die hochradioaktiven AKW-Brennstäbe aus den gesamten USA gelagert werden.

Divine Strake

Die USA planen einen Test der Superlative – eine Bunker-Buster Bombe mit einer Sprengkraft von 700 Tonnen – die bisher größte nicht-nukleare Bombe, die je getestet wurde – und die einen „Pilz“ von 3 000 m Höhe erreichen soll. Kritische Wissenschaftler befürchten, dass die Bush-Administration die Aufhebung eines 1994 vom US-Kongress beschlossenen Verbots der Entwicklung von Mini-Nuklearwaffen mit geringem Impakt verfolgt.

Das fürchten auch Aktivisten wie Vanessa Pierce von der Health Environment Alliance in Utah. In Utah und Nevada leben die meisten „Downwinders“ (Opfer vergangener Atomtests). Deshalb protestieren Abgeordnete aus diesen Bundesstaaten besonders vehement. Sie verlangen eine Zusicherung, dass dieser Test, der auf dem Atomtest-Gebiet durchgeführt werden soll, nicht den radioaktiven Staub in die Luft schleudert, der sich als Niederschlag - vor allem von den über 100 früheren oberirdischen Atomtests - am Boden abgelagert hat.

Die Western Shoshone haben gemeinsam mit einigen Downwinders Klage eingereicht. Sie sehen ihre Land- und Menschenrechte verletzt - das Testgebiet wurde von den USA illegal auf ihrem Territorium eingerichtet – und sie klagen die Regierung an, das Recht auf öffentliche Anhörung und Information über Umweltauswirkungen umgangen zu haben. Ihre Klage hatte Erfolg: zunächst wurde der Test vom 2. auf den 23. Juni verschoben und die eingeforderten Umwelt-Informationen sollen nachgeliefert werden. Jetzt erreichte uns die Meldung, dass der Test „auf unbestimmte Zeit“ verschoben wird. Doch auch damit geben sie sich nicht zufrieden. Ihr Ziel ist, ein Ende aller Tests zu erreichen.

Am 28. Mai gab es eine große Protest-Aktion am Atomtestgebiet gemeinsam mit 50 anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), verbunden mit Workshops und gewaltfreien Aktionen.

Der Wille der Bush-Regierung, neue Atomwaffen zu entwickeln, unterläuft alle internationalen Bemühungen um Nichtverbreitung und gegen Weiterentwicklung von Atomwaffen.

Dazu gehören

- der Atomwaffensperrvertrag (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons - NPT) von 1970, der 1995 unbegrenzt verlängert wurde (Damit hatten sich die Atommächte einschließlich den USA verpflichtet, keine Atomwaffen zu entwickeln und ihre Atomwaffen abzurüsten
- und der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Test Ban Treaty - CTBT) der auch das Verbot unterirdischer Atomtests enthält.

Den CTBT haben bislang 122 Staaten ratifiziert, darunter Frankreich, Großbritannien, Russland und die BRD. Die Ratifizierung durch China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und die USA steht noch aus. **Renate Domnick ●**

Vorbilder im Engagement für Frieden und Gerechtigkeit



Dietmar Schönherr wurde 80 Ungehorsam im Dienste einer guten Sache kam schon bei seiner Rolle in der Science-Fiction-Serie „Raumpatrouille“ vor. Noch wichtiger wird ziviler Ungehorsam für den Moderator und Schauspieler, als er sich der Friedensbewegung anschließt: 1983 blockiert Dietmar Schönherr zusammen mit Heinrich Böll, Helmut Gollwitzer und vielen anderen „Promis“ das Mutlanger Raketendepot, auf dem die Pershing-II-Atomraketen stationiert werden sollen. Aus der Erfahrung dieser großen solidarischen Bewegung entsteht später sein enormes Engagement für Nicaragua. In einem Interview im März dieses Jahres antwortet er auf die Frage, was in seinem Leben wirklich von Bedeutung sei: „Nicaragua“, und nach kurzer Pause: „Mutlangen. - Das, nur das.“ Die Pressehütte Mutlangen gratuliert dem streitbaren Jubilar herzlich zu seinem 80. Geburtstag am 17. Mai und wünscht ihm weiterhin viel Kraft für sein Engagement für Gerechtigkeit und Frieden!



Konrad Moll wurde 75 Dieselben Wünsche gelten Dr. Konrad Moll, Studentenpfarrer in Esslingen, zu seinem 75. Geburtstag, den er am 29. März feiern durfte. Unzählige Male war er in Mutlangen aktiv, mit seiner Esslinger Friedensgruppe und als Vorstandsmitglied der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, hat blockiert, den Mutlanger Bußtag initiiert und organisiert, Gottesdienste und Mahnwachen gehalten, den Vorstand kompetent beraten. Noch heute gibt es regelmäßig am Freitag im Zentrum von Esslingen eine Mahnwache für den Frieden. Darüber hinaus ist er seit Jahren in der Weltladenarbeit, im Bonhoeffer-Verein und in vielen anderen Gruppierungen tätig. Wir Mutlanger haben ihm viel zu verdanken! **Lotte Rodi ●**

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement:
Euro 12.-€ plus Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: mariongaaa@gmx.de
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j.kramer@gmx.de
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.atomwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

8. Juli

International: Aktionen zum 10. Jahrestag des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs „Atomwaffen sind völkerrechtswidrig“ Informationen: www.aktion-voelkerrecht.de; www.atomwaffenfrei.de

13. Juli

Stuttgart: Mahnwache / Aktion „No Bush, No War“ anl. des Bush-Besuches in Deutschland (Greifswald), 18 Uhr, an der US-Kommandozentrale „EUCOM“, Katzenbachstr./Ecke Hauptstr. (Stg-Vaihingen), VA: DFG/VK LV BaWü, GAAA, Ohne Rüstung Leben (ORL), EUCOMmunity Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomw. Roland Blach, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/2155112, Fax: 0711/2155214,

dfg-vk@paritaet-bw.de, <http://www.gaaa.org>

14. Juli - 2. September

Europäische Friedensradfahrt Paris - Moskau 2006 „Für ein Europa des Friedens und der Abrüstung. Nie wieder Krieg. Atomwaffen abschaffen.“, Route: Paris-Brüssel-Duisburg-Dortmund-Kassel-Leipzig-Dresden-Liberec-Jelenia Gora-Warszawa-Brest-Minsk-Smolensk-Moskau, **Route in Deutschland:** 23.07. Mönchengladbach; 24.07. Duisburg; 25.07. Dortmund; 26.07. Paderborn; 27.07. Kassel; 28.07. Eisenach; 29.07. Erfurt; 30.07. Apolda; 31.07. Naumburg; 01.08. Bad Dürrenberg; 02.08. Bad Dürrenberg; 03.08. Leipzig; 04.08. Oschatz; 05.08. Meißen; 06.08. Dresden; 07.08. Dresden; 08.08. Kamenz; 09.08. Bautzen; 10.08. Löbau; 11.08. Görlitz VA: Bike for Peace Kontakt: Bike for Peace c/o Konni Schmidt, Wormser Str. 27, 67657 Kaiserslautern, Tel.: 0152/2831196, bike4peace@web.de, www.bike-for-peace.de

21. - 30. Juli

bundesweit: Rundreise/Veranstaltungstour von Simon Harak (Prof. für theologische Ethik, kath. Prister,

Mitbegründer von „Voices in the Wilderness“) zum Thema „Verständnis der aktuellen Lage in den USA“ Kontakt: GAAA, Marion Küpker, Tel.: 040/4307332, Fax: 040/4318233, mariongaaa@gmx.de, www.gaaa.org

31. Juli - 9. August

Belgien: Europäische Jugendbegegnung für eine atomwaffenfreie Welt. 60 Jugendliche aus ganz Europa radeln und fahren durch Belgien, von Ypres über Brüssel nach Kleine Brogel, zu Atomwaffenstandorten und treffen Bürgermeister für den Frieden. Wer sich ganz praktisch einen Überblick über Aktionsmöglichkeiten für eine atomwaffenfreie Welt verschaffen und diese auch gleich ausprobieren will, ist hier genau richtig! Weitere Infos: Julia Kramer, j.kramer@gmx.de

4.-7. August

Büchel: Workshop „Rechtschaffende Aktion“. Ein Workshop über Gewaltfreiheit und gewaltfreie Aktion in Theorie & Praxis, mit einer „Morgenwache“ zum Start der Pace-Maker Radtour (4./5.8.) am Atomwaffenstandort Büchel und Möglichkeit der anschließenden Teilnahme an der Aktion der europäischen Jugendbegegnung (s.o.) in Kleine Brogel. Kontakt: Elke Koller, dr.elke.koller@t-online.de

5. August

Büchel/Ludwigsburg: Pacemakers-Radmarathon 2006 „Für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen“, Start in Büchel (Atomwaffenlager), Strecke über - Kirn - Ramstein (Atomwaffenlager) - Neustadt - Bretten - Stuttgart (EUCOM)- Ludwigsburg (> 346 km), (sportliche)Schirmherrschaft: Udo Bölts (zwölf-facher Teilnehmer an der Tour de France, dreimaliger Deutscher Profimeister auf der Straße), VA: Pacemakers, ... [am Vorabend des Atombombenabwurfes auf Hiroshima] Kontakt: Pacemakers c/o DFG-VK LV Baden-Württemberg, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/2155112, Fax: 0711/2155214, info@pace-makers.de, www.pace-makers.de/pro-tour.html

20 Jahre Tschernobyl – Schon den Geldhahn abgedreht?

Vor 20 Jahren ereignete sich die Katastrophe von Tschernobyl. Heute können Sie den Atomstromproduzenten die rote Karte zeigen – mit Ihrem Wechsel zum atomstromfreien und klimafreundlichen Stromversorger EWS. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und versorgen bundesweit über 33.000 Haushalte.

Wechseln Sie! Je schneller, desto besser.

- **Einzigster Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“**
(Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- **Garantiert atomstromlos**
(Die Stromerzeuger der EWS haben keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen - zertifiziert vom TÜV Nord)
- **Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!**
- **Förderprogramm mit über 800 Anlagen in Bürgerhand**



www.ews-schoenau.de Telefon 07673 / 88 850 atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.